

**Ersteinstufige**  
 nachfolgende mit Ausnahme  
 der Sonn- und Feiertage.  
 \*  
**Bezugspreise**  
 monatlich 60 Pf. frei im Hause,  
 wozu die Postzuschläge  
 1.00 Mark ohne Postgeld.  
 \*  
**„Die Neue Welt“**  
 (Wochenzeitung),  
 monatlich 1 Pfennig.  
 \*  
**Schriftleitung:**  
 Haupt- und Verlagsdruckerei  
 Auguststraße 207, Halle a. S.  
 11 - 12 Uhr mittags.

# W O R T S T A T T

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
 Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

**Anzeigengebühr**  
 beträgt für die ersten 10 Zeilen  
 30 Pf. für ausserhalbige An-  
 zeigen 40 Pf. Anzeigen für  
 längere Zeit nach Vereinbarung.  
 \*  
**Anzeigen**  
 für die ersten 10 Zeilen  
 30 Pf. für ausserhalbige An-  
 zeigen 40 Pf. Anzeigen für  
 längere Zeit nach Vereinbarung.  
 \*  
**Hauptgeschäftsstelle:**  
 Halle a. S., Auguststraße 207  
 (Geldhof). Sonntags geschlossen  
 von 7 Uhr früh bis  
 7 Uhr abends.

## Vor' neuem Kriege?

Oesterreich und Italien besetzen Albanien!

Lief die Verabingung der letzten Balkan-Botschafterkonferenz auf Montag (heute) noch eine friedliche Lösung der Eutari-Frage erhoffen, so haben die politischen Ereignisse der beiden letzten Tage diese Hoffnung wieder fast völlig vernichtet. Dürftiger und bedrohlicher denn je bedehen die Kriegswolken wieder den politischen Horizont. Die heutige Botschafterkonferenz ist allem Anschein nach für das weitere Vorgehen Oesterreichs in der montenegrinisch-albanischen Frage nur noch von formeller Bedeutung, und es sprechen nicht weniger als alle Anzeichen dafür, daß die Wiener Desperados morgen bereits das Signal zum Aufschlag geben werden. In der Eutari-Frage ist ihnen jetzt auch noch die schon längst gewünschte Gelegenheit zur Verwirklichung ihrer Ziele in Albanien gekommen, und die sogenannte albanische Frage ist ganz undarmittel wieder in den Vordergrund getreten. Wie dem Bodwärts aus Wien geschrieben wird, würde nach der ganzen Entwicklung der Dinge selbst ein vollständiges Nachgeben der Montenegroer den Einmarsch in Albanien nicht mehr aufhalten können. Und auch die sofortige Nennung Eutaris würde die bewaffnete Intervention der Adriamächte, die ja gut wie beschlossene Sache ist, nicht mehr hindern können. Oesterreich-Ungarn und Italien sind nämlich übereingekommen, Albanien zu besetzen.

Oesterreich ist die Okkupation Nordalbanien überwiesen, Italien wird in Südalbanien einrücken. Es kennzeichnet das vollständige Fiasco der österreichischen Politik, daß Oesterreich-Ungarn gerade das tut, was es für Jahrzehnte als die eigentliche Gefahr, als die härteste Bedrohung seiner Lebensinteressen in der Adria erachtet hat und dem zu begegnen eben jener Balkan mit Italien geschlossen worden ist, von dem es sich die Illusion des selbständigen Albanien verprägt; daß es nämlich Italien nun selbst nach Valona führt und ihm die Verrückung über die Straße von Drottina ausliefert. Doch es Italien verwehrt werden müßte, sich in Südalbanien festzusetzen, weil diese Festsetzung die Herrschaft über das Adriatische Meer bedeuten würde, das hier bisher ein Dogma in Oesterreich und derjenige, der an diesem Auserwählung hätte rütteln wollen, der hätte in Oesterreich rüstet, als Hochverräter von Oesterreichs berechtigten Interessen geschildert zu werden. Und nun hat Oesterreich den Italienern diese Weisung selbst vorgelegt und bittet bei Italien, es möchte doch mit nach Albanien gehen und überliefern ihm dann Südalbanien als berechtigte Interessensphäre! Welch lächerliches Ende einer törichtsten Politik!

Aus zwei Gründen muß Oesterreich auf die aktive Mitwirkung Italiens dringen. Erstens könnte es den Krieg mit Montenegro nicht übernehmen, wenn es durch die Teilnahme Italiens nicht gedeckt würde. Da sich die Schwarzgebellen in die albanische Ehrentage vollständig verrennt haben, so müssen sie ihrer Illusion nun auch das Opfer auf sich nehmen, Italien die verhängten Konzeptionen zu machen. Und Italien hat wirklich alle es auszuüben. Es greift nur die Initiative auf und überläßt das Schicksal dem gegenwärtigen Montenegro den dummen Oesterreichern. Italien erklärt nämlich, daß montenegrinische Gebiete nicht gegen werden sollen, daß sich die Strafexpedition ausschließlich auf die Nennung Eutaris beschränken müsse. Italien wird an dem Krieg gegen Montenegro keinen Teil haben und auch die „Befreiung“ Eutaris den Oesterreichern überlassen.

Auf der anderen Seite hat sich, wie ja vernünftige Leute längst vorausgesehen, die „Begründung“ des selbständigen Albanien als eine effektive Unmöglichkeit herausgestellt und nach dem Handreich Eijad Balchas ist je erledigt. Die Eutari-Frage ist eigentlich nur ein Vorwand und die Sachlage steht in Wahrheit so, daß

**Albanien zwischen Oesterreich und Italien aufzerteilt werden soll.** Wohl wird die Teilung in zwei Interessensphären, die Oesterreich befolgt, damit begründet, daß sonst das Land in völlige Anarchie verfallen könnte und daß sonst die Soldateska, die im Norden Eijad Balcha befehligt, die Auslieferung unmöglich macht! Aber man kommt leichter nach Albanien hinein als heraus. Wenn einmal der Krieg ausgebrochen sein wird, wenn für die „Befreiung“ Opfer gebracht sein werden, welche wenigstens im Norden nicht gering sein werden, so wird die Verhängnis nicht so leicht zu durchzuführen sein. Und so bei der Teilung in Interessensphären werden, die heute von Oesterreich und wird die Okkupation Albanien, die heute von Oesterreich und Italien einnehmend im Einnehmen beschlossen ist, zur Tat, so bildet sie für die Zukunft die schwerste Gefahr. Auch 1894 waren Preußen und Oesterreich in der Befreiung Schleswigs-Golfküste einig und dann folgte 1896. Wer weiß, was auf die Gemeinamkeit des Reiches Albanien folgen wird!

Die Vorkontrolle Oesterreichs in Albanien endet nun damit, daß der Krieg gegen die Albaner beginnt. Der Feldzug gegen Montenegro, der Eutari den Albanern verschaffen soll, wird auch als Krieg gegen Eijad Balcha geführt werden, gegen jene Albaner also, die sich von der schwarzelegierten Protektion losgerissen haben. Ein nettes Ende der Befreiungskolle, aber ein echt österreichisches Ende.

Die für den Frieden so gewünschte Frage ist nun, ob es Montenegro auf den Krieg einzulassen lassen oder, als in letzter Stunde nicht es, wenn die Oesterreicher einziehen, also in letzter Stunde nicht es, wenn die Oesterreicher einziehen wird. Das ist ein Krieg mit doch noch abgeben und ein langwieriges Gefecht werden Montenegro unter Umständen ein langwieriges Gefecht werden könnte, in dessen Verlauf es zu Zwischenfällen kommen

könnte, die Ausland zur Einmischung veranlassen würden, ist leider nicht unwahrscheinlich. Und dann würde die große Gefahr für den europäischen Frieden durch die fälschliche Dummheit entzündet sein.

Aber Oesterreich ist verrückt geworden. Und um sein fauchhaftes Ansehen zu wahren, rennt es der furchtbarsten Gefahr entgegen. Es bereitet den Krieg in allen Gebieten vor, vor allem gegen die eigenen Bürger. In Bosnien und Herzegovina sind bereits sämtliche verfassungsmäßigen Freiheiten suspendiert worden, der militärische Absolutismus hat seine Schredenherrlichkeit begonnen. Die Verhängung des Ausnahmezustandes in Dalmatien ist beschlossen und nach und nach wird der Belagerungszustand in ganz Oesterreich herrschen. Die Unterdrückung und Verfolgungswolle würde Oesterreich auch besser paßen, als die Vorkontrolle, mit der es in Europa und insbesondere den verbündeten Mächten gegenüber solange gestülpt hat.

## Oesterreich und die Botschafterkonferenz.

Wien, 4. Mai. Die Wäuter betonen, die morgige Sitzung der Botschaftervereinbarung bedeute für Oesterreich-Ungarn nicht mehr die Möglichkeit neuer Entscheidungen. Sowohl die Bestimmung eines geeigneten Zeitpunktes für ein etwaiges aktives Eingreifen wie die Art und Weise der Durchführung der Aktion müßte der Entscheidung der meistinteressierten Mächte vorbehalten bleiben. Das Neue Wiener Tagblatt erklärt, wenn infolge des Widerstandes Montenegro und infolge der Verweigerung der Teilnahme der übrigen Mächte eine gesonderte Aktion unternommen wird, so wird sie naturgemäß die Bestimmung des Rechtszustandes zur Aufgabe haben, denn Europa für das neue Albanien festgelegt hat. Alle anderslautenden Nachrichten über den Zweck der Aktion beruhen durchweg auf Kombinationen, die jeder tatsächlichen Grundlage entbehren.

Wien, 3. Mai. Zur albanischen Frage schreibt die Wiener Allgemeine Zeitung: Die Verhältnisse in Albanien haben sich derart gestaltet, daß sich die Notwendigkeit eines Eingreifens herausstellt, um in jenem Lande die Verordnungen zu schaffen, welche unerlässlich sind, den Rechtszustand in Albanien herzustellen, wie er durch die Beschlüsse Europas statuiert wurde. Oesterreich-Ungarn wird selbstverständlich auch in dieser Frage denselben Standpunkt einnehmen wie in der Eutari-Frage, daß dem Willen Europas Geltung verschafft werden muß und daß daher durch ein eventuell notwendig werdendes Eingreifen jene Hindernisse beseitigt werden, welche sich in Albanien der Durchführung der Beschlüsse Europas entgegenstellen.

## Oesterreichs Kriegsdrohungen.

Wien, 4. Mai. An „kompetenter Stelle“ wird erklärt, daß morgen in der in London stattfindenden Botschafterkonferenz die Wäuter bestimmt fassen werden. Wenn in dieser Sitzung mitgeteilt wird, daß Montenegro bedingungslos Eutari räumen werde, bleibt der Friede erhalten und die Abereinstimmung des europäischen Konzerts würde wieder hergestellt sein. Im entgegengesetzten Falle wird Oesterreich-Ungarn sofort die nötigen Verfügungen treffen, um Montenegro durch Zwangsmaßnahmen zur Räumung Eutaris zu zwingen.

## Bosnien und Herzegovina im Belagerungszustand.

Serajevo, 4. Mai. Oesterreich ist der Ausnahmezustand für Bosnien und die Herzegovina erklärt worden. Durch die Ausnahmeverfügungen vom 2. Mai werden einzelne Bestimmungen des Bundesstatuts suspendiert, Einschränkungen bezüglich des Post- und Telekommunikationswesens eingeführt, die Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit gestellt und Einschränkungen und Aberkennung des Telegraphen- und Telephonverkehrs angeordnet.

Wien, 4. Mai. Hier wird mitgeteilt, daß bereits in den allerersten Tagen die Proklamierung des Ausnahmezustandes auch für Bosnien und den nordwestlichen Teil von Mähren geplant sei. Die Handlungsmachen seien bereits fertig und würden das Datum 1. Mai tragen.

## Eingebung der österreichischen Abgeordnetenhaus.

Wien, 4. Mai. Präsident Schueffer berief das Abgeordnetenhaus für den 15. Mai ein. Im Falle der Fortdauer der auswärtigen Krise wird die Vertagung des Reichstages erfolgen.

## Die österreichisch-italienische Aktion in Albanien.

Rom, 3. Mai. Der Agenzia Stefani wird aus Wien gemeldet: Aus Anlaß der Meldung eines Pariser Blattes, daß Eijad Balcha die Grenze von Epirus, so wie sie von Griechen-land festgelegt worden sei, anerkannt habe, wird berichtet, daß Oesterreich-Ungarn und Italien sich darüber verständigt hätten, daß sie alle Handlungen Eijad Balchas und alle seine Vereinbarungen mit den an Albanien angrenzenden Staaten als null und nichtig erklären.

Wien, 4. Mai. Ein Teil der Presse seit die heutigen Angriffe gegen die Politik des Grafen Verdywsky fort. Das Neue Wiener Tagblatt bezeichnet dessen Politik als eine total verfehlte und für Oesterreich-Ungarn verhängnisvolle. Oesterreich-Ungarn schreibt das Blatt, habe gar kein Interesse daran, ein selbständiges Albanien errichten zu sehen und die Festsetzung der

Italiener in Südalbanien und die Verschlagnahme Salonas, des Schlußpunktes zum Adriatischen Meer, durch die Italiener sei ein Teil zu einem zweiten Schleswigs-Polizei.

## Montenegro's Entscheidungsanträge.

London, 4. Mai. Wie die Roll Mail Gazette erklärt, hat der hiesige montenegrinische Bevollmächtigte Popowitsch dem britischen Auswärtigen Amt folgende Forderungen Montenegro's als Entschädigung für Eutari unterbreitet: Eine Grenzberichtigung bei Podgorica; den Besitz des ganzen Eutarisgebietes und die volle Benutzung des Flusses Bojana als Ausfluß des Sees.

Wien, 3. Mai. Ein Berliner Telegramm der Königin Zeitung bezeichnet die Ansicht, daß auf der letzten Botschafterversammlung am Donnerstag eine Gebietserweiterung für Montenegro in Aussicht gestellt worden sei, als unzutreffend. Der am Donnerstag auf der Konferenz vereinbarte Schritt in Eutinje schließt keinerlei Zustimmung einer Gebietserweiterung ein, sondern stellt lediglich eine künftige Gasse der Mächte zur Befreiung der wirtschaftlichen Lage in Montenegro in Aussicht.

## Austritt des montenegrinischen „Ministeriums“.

Cetinje, 5. Mai. Der Ministerrat schlug der Krone vor, wegen Eutari selbst im Falle eines Waffenstillstandes, auf dem bisherigen Standpunkt zu beharren. Da der König den Vorschlag ablehnte, demissionierte das ganze Kabinett.

## Wie wird sich Serbien verhalten?

Wien, 3. Mai. Wie die Neue Freie Presse aus Belgrad berichtet, ist die Stimmung in Serbien erregt, und die Haltung Serbiens zu den kommenden Ereignissen wird davon abhängen, ob Ministerpräsident Pašitsch stark genug sein wird, die nationalistischen Strömungen, die für eine aktive Unterstützung Montenegro's sind, einzubändigen. Was heute zeigt die serbische Regierung seine Neigung, sich durch Montenegro in einen Krieg mit Oesterreich-Ungarn verwickeln zu lassen. Schon mit Mühe wird darauf, daß das Verhältnis zu Bulgarien noch immer ungelöst ist.

## Die Friedensverhandlungen.

Konstantinopel, 3. Mai. Die von dem Minister des Neuen unterzeichnete osmanische Antwortnote befragt: Der Sultan hat von dem Inhalt der gemeinsamen Mitteilung Kenntnis genommen, welche die Botschafter von Oesterreich-Ungarn, Großbritannien, Frankreich, Rußland, Deutschland und Italien unter dem Datum des 1. Mai übergeben haben. Im Zusammenhang darauf hat der Minister des Neuen die Ehre mitgeteilt, daß die Kaiserliche Regierung diese Mitteilung zur Kenntnis nimmt und das Ergehen der Mächte, die Beinhaltigkeiten folglich einzuellen, annimmt sowie ihre Bevollmächtigten für die Friedensverhandlungen bezeichnen wird. Nachdem die Kaiserliche osmanische Regierung ihre Bevollmächtigten bezeichnen hat, wählt sie an ihrem Teile London als Ort des Zusammentritts der Friedensunterhändler.

Die Porte fürchtet, daß sich die Friedensverhandlungen noch bedeutend in die Länge ziehen werden.

## Politische Ueberblick.

Halle (Saale), den 6. Mai 1913

## Rückgang des Schnapstinkens!

Erfreulicherweise geht der Schnapstinkens immer mehr zurück. Die Menge des in den freien Verkehr gebrachten Trinkschnapstinkens betrug

|                                | überhaupt<br>Hektoliter | Stück pro Kopf<br>der Bevölkerung |
|--------------------------------|-------------------------|-----------------------------------|
| Im Jahr 1908/09 . . . . .      | 2 650 622               | 4,2                               |
| „ „ 1909/10 . . . . .          | 1 783 027               | 2,8                               |
| „ „ 1911/12 . . . . .          | 1 969 157               | 3,0                               |
| „ „ 1912/13 . . . . .          | 1 983 532               | 2,9                               |
| Oktober/März 1911/12 . . . . . | 1 068 982               | —                                 |
| „ „ 1912/13 . . . . .          | 988 700                 | —                                 |

Im letzten Halbjahre ist der Verbrauch im Vergleiche mit der gleichen Zeit des Vorjahres wieder um über 1.10 Liter pro Kopf der Bevölkerung gesunken. Aber es wird doch noch immer viel zu viel Junterschmacks Konsumiert. Der Wohlstand gegen den Rufel muß noch schärfere durchgeföhrt werden. Dem Junfer, der in der brutalsten Weise das Volk verhöhnt und mißachtet, darf man nicht durch den Konsum seines Schnapstinkens die Taschen füllen!

## Die Polizei pfeift auf das Gefes.

Ueber das Dreifachrecht in Preußen wollten die polnischen Genossen in einer öffentlichen Versammlung ihre in Preußen wohnenden Landsleute in ihrer Muttersprache unterrichten. Nach § 12 des Reichsverfassungsgesetzes ist der Gebrauch einer fremden Sprache nach Ausschreibung eines Wahltermins zu den gesetzgebenden Körperschaften illegal gehalten, nur in Preußen nicht. Hier hatten die polnischen Genossen die Rechnung ohne die Polizei gemacht. Gleich nach der Öffnung der Versammlung verbot der übernehmende Kommissar polnisch zu sprechen. Er habe vom Präsidium den Befehl, die Versammlung sofort aufzulösen, wenn auch nur ein Wort polnisch gesprochen werde.

Gegen das Verbot der polnischen Sprache wird natürlich Beschwerde eingelegt werden. Vorher diese aber erledigt ist, sind die Verhandlungen länger vorüber. Aber schließlich ist das Verbot der polnischen Sprache durch ein Verbot der deutschen Sprache abzuwehren, nicht nur ein Verbot der deutschen Sprache, sondern auch ein Verbot der polnischen Sprache. Ein solcher Ausnahmestruktur ist im Wahlkampf auch seine Dienste.

### Die polizeiliche Maßfeierattade.

Ueber die gemeldete polizeiliche Maßfeier in Ruffingen wird jetzt noch folgendes bekannt:

Nach Schluß der Vormittagsversammlung, die von annähernd 3000 Personen besucht war, wollten sich die Massen ein kurzes Stück in der am Verlamungslot vorbeiführenden Hauptstraße entlang bewegen, um in verschiedenen Gruppen aufzuziehen, nach ihren Bekleidungen oder einem auf Oberbürgerliche gelegenen Konterzeilen zu gehen. Als man die ersten Reihen etwa 100 Schritt gegangen waren, erklärten plötzlich eine Schuttmannschaft, die die Straße absperrte und in eine Seitenstraße abzulenken versuchte. Diese Maßregel kam ganz unerwartet, denn seit Jahrzehnten wird in Ruffingen in der 1. Mai gefeiert und seit Jahrzehnten konnte man sich auch diese Straße entlang bewegen. Infolge dieser plötzlichen Umlenkung sahen sich die Angeammelten und der Polizeikommissar, ein noch jugendlicher Herr, erstlich einen dreimaligen Versuch, die Straßenkrümmung zu räumen. Währenddessen hatten die zehn Schuttmannschaften schon blank gezogen und schußten mit ihren Säbeln dem Publikum vor dem Gesicht herum. Einige befremdete Gesichter wandten sich rückwärts und suchten die entlegene Menge — es war über 100 Schritt vom Vorkaufgang entfernt — zum Ausgang zu bewegen, was natürlich nicht leicht war. Im selben Augenblick aber saßen bereits die blauen Säbel der Schuttmannschaften auf Köpfen und Wangen der Zurückbleibenden, und auch ins Gesicht und in die Haare wurden eine Anzahl Personen von hinten geschlagen. Frauen und Kinder wurden mit der vorbeiziehenden Reibe und es zeigte vor der Wahllosigkeit, die der vorangehenden wurde, wenn man erfuhr, daß zwei Familienmitglieder ernstlich verletzt wurden, die auf ihrem Arm herum, an der Hand ein Kind hatten. Sechs Personen wurden ernsthaft verletzt, wobei eine im Kranenbalken liegt. Außerdem wurde noch eine Anzahl leicht verletzt, darunter sind auch einige, denen von den Polizeibeamten der Anzug zerstückt wurde. Eine bedrohliche Haltung des Publikums aber nur eine Gefahr für die Schuttmannschaft lag nicht vor. Gewiß wurden, nachdem die Polizei blank gezogen hatte, aus der Mitte der Menge einige Rufe ausgehört, u. a. auch Hohn auf die Sozialdemokratie ausgedrückt, nie aber wurde, wie die Polizei in ihrem Bericht behauptet: „Mieber mit dem Kaiser!“ gerufen. Kein Stillstehen — es war nicht nur Arbeiterpublikum in der Nähe — hat derartige Rufe gehört. Zudem hat die Polizei auch niemanden verhaftet oder gefesselt!

Warum nicht? Nun, hier einfach: weil sowohl die „Majoritätsbeschlüssen“ und „Schmidtraben“, wie die angeblichen Steinwürfe ins Reich der Fabel gehören!

### Von der Maßfeier im Auslande.

In England. Aus London wird uns geschrieben: L. K. Die Maßfeier ist in England in diesem Jahre in größerem Umfang als je zuvor gefeiert worden. In London wurde die Prozession von etwa 10 000 Personen vom Tower bis durch die Straßen des Westens langsam nach dem Oberen Park, wo viele Tausende von Personen bereits früher hingeströmt waren. In der Demonstration waren fast alle gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Londoner Arbeiterbewegung mit ihren Bannern, Abzeichen und Musikern vertreten. Das meiste Element bildeten auch diesmal die Kinder der sozialistischen Sonntagsschulen und die Töchter der jungen Bürger, die in etwa 50 großen Ausflugszügen an der Spitze führten. Am Start selbst wurde von 15 Trüben herab gerufen, darunter eine internationale Tribüne, um die hier vertretenen ausländischen Arbeiter (sogar in Wien) in allen europäischen Sprachen anzusprechen. Unter den Rednern befanden sich auch die Abgeordneten Oswald und Thorne. Große Demonstrationen fanden auch in den anderen

### Großstädten, insbesondere in Manchester, Leeds, Sheffield, Birmingham und Glasgow statt.

Besonders bedeutungsvoll war die diesjährige Maßfeier aber vor allem deshalb, weil sie in großer Maßstäbe auch in die entlegenen Industriegebiete eingezogen ist. In Edinburgh ruhte das ganze Grubenproletariat, 200 000 an der Zahl. Hier wurde die Maßfeier mit der Aufstellung gewerkschaftlicher Forderungen, vor allem mit dem Kampf gegen die Nichtorganisierten, verknüpft. In allen Zentren wurden große Versammlungen abgehalten, wo außer den Führern der Bergarbeiter die Abgeordneten Keir Hardie, Snowden und Henderson sprachen. Der Kampf zur Ausmerzung der Nichtorganisierten hat einen so glänzenden Erfolg gehabt, daß sich in den letzten Wochen etwa 50 000 Arbeiter dem Bergarbeiterverband angeschlossen haben. In dem ganzen gewaltigen Aushängeliebchen am 1. Mai nur etwa 4000 Nichtorganisierte, und ihrem Verhältnisse gemäß haben die Arbeiter in den Gruben, wo diese Nichtorganisierten arbeiten, den Streik erklärt. Gegenwärtig befinden sich etwa 52 000 Bergarbeiter im Streik. Der Streik wird aber wohl schon bald lange dauern, denn die Nichtorganisierten beginnen der Gewerkschaft zuzuströmen.

Die Maßfeier in Ungarn. Wie überall, so gefeiert sich auch in Ungarn die Maßfeier diesmal imposanter als je zuvor. Alle Nachrichten, die aus dem Lande eintrafen, zeigten, daß überall dort, wo die Arbeiter organisiert sind, die Maßfeier unter großer Beteiligung gefeiert wurde. Überall fanden Versammlungen und Demonstrationen statt. In Budapest beteiligte sich wohl die ganze Arbeiterchaft am Demonstrationzug, der auf 100 000 Teilnehmer geschätzt wird. Der Zug bewegte sich durch die verkehrsreichen Straßen der Hauptstadt und erlitt feinerlei Störungen. Auch die Versammlungen in Temesvár, Preßburg, Szabad, Raab, Komorn, Klausenburg, Kronstadt, Hermannstadt usw. verliefen trotz des ungeheuren Andranges ruhig.

Die Verhalte seitens selbst in den staatlichen Betrieben und nicht, da ihnen öffentliche Versammlungen verboten waren. Zusammenkünfte in benachbarten Wäldern ab. Die zahlreich aufgetretenen Versammlungen, solche Versammlungen, die in unregelmäßiger Weise stattfanden, aber nicht unbedingt. In den Landgemeinden litt die Maßfeier unter dem Gewalttätigkeiten der Behörden. Zahlreiche Nachrichten über Verbote von Versammlungen und Demonstrationen liegen vor. Die Gesellen haben sich aber auch hier ungeachtet der behördlichen Schikanen nicht abhalten lassen, die Maßfeier nach Möglichkeit würdig zu begehen.

### Französisches zur Berner Konferenz.

Aus Paris ist uns geschrieben: Die französischen Parlamentarier werden sich voraussichtlich recht zahlreich in Bern einfinden. Als die Einladung erging, schien es, als ob die Idee einer Zusammenkunft von deutschen und französischen Volksrepräsentanten auf dem neutralen Boden der Schweiz wenig Anklang in bürgerlichen parlamentarischen Kreisen fand. Die radikale Presse schwieg sich aus, die reaktionäre Presse schwieg die Konferenz und die gemäßigte Presse bemühte sich, das gleiche zu tun, unter dem Scheine neutraler Objektivität. In den letzten zwei Wochen ist jedoch darin eine Wandelung eingetreten. Den Anstoß dazu gab die Resolution des Generalrats des Abgeordnetenrats, dessen Vorsitzender der Senatspräsident Dubouff ist, in der die Mitglieder des Parlaments zur Teilnahme an der Konferenz aufgefordert wurden, um eine deutsch-französische Annäherung anzubahnen.

Seitdem ist das Schweigen gebrochen worden. Die reaktionäre Presse vom Schlage der antimilitarischen Vögel und des kirchlichen Echo de Paris nimmt offen gegen die Konferenz Stellung. Diese Leute leben in jedem friedlichen Verhandlungsversuch eine Gefahr für ihre reaktionäre Politik. Die deutsch-französische Verhandlung nun gar würde für sie ein mehrer Zusammenbruch sein. Die gemäßigte Presse verlorf mehr über die verlegene Zustimmungslosigkeit. Die radikale und linksrepublikanische Presse dagegen tritt jetzt offen und energisch für die Teilnahme der Konferenz ein. Der Kappel, die Aktion, die Kantone, die Petite République usw. veröffentlichten Leitartikel, die alle auf denselben Ton stimmten sind:

„Die Berner Konferenz wird von großer Bedeutung sein, denn sie eine deutsch-französische Verhandlung anbahnt. Es liegt im Interesse der Republik, die den Frieden will, daß der Versuch dazu gemacht wird. Gehen wir deshalb nach Bern!“ Neben mehreren General- und Gemeinderäten, die zur Befehdung der Berner Konferenz aufgefordert haben, hat auch die reaktionäre Presse Parteipersonal eine gleichzeitige Beschäftigung gesucht. Man hat außer den beiden professionellsten Chaubiniten, die Berner Konferenz, mit anderen Worten die Aussicht auf eine deutsch-französische Verhandlung in Frankreich allgemein ein sympatisches Echo findet.

### Deutsches Reich.

Ein preußisches Zarenfest. Wie gemeldet wird, soll einer der ersten Gelegenheiten, die dem neuen Landtag zugehen werden, ein Zarenfest sein, das im Jahre hat, mit den bestehenden Maßnahmen in der Behandlung geisteskranker Verbrecher aufzuarbeiten, und das ferner Bestimmungen enthalten wird, die sich auf die Einschließung in Zarenhäuser und Verwehllungen beziehen.

Besser wäre es, man würde diese Materie rechtsgesellschaftlich, denn auf dem Gebiet des Zarenwesens herrschend geradezu mittelalterliche Zustände.

Nationalliberale gegen den konfessionellen Terrorismus. Der Vorstand des Nationalvereins in Berlin in Gardelegen hat folgende Bekanntmachung erlassen:

„Die liberale Gesellschaft unserer Stadt, die mit den Dorfwohnern der Umgebung Verbindungen haben, lehnen es aus Rücksicht vor dem Volkstrotz der Wähler ab, ein Mandat als Wahlmann zu übernehmen. Darum bitten wir alle die schlichten konfessionellen Gesellschaften, die auf die liberale öffentliche Bevölkerung rechnen, gleichfalls auf das Mandat als Wahlmann zu verzichten, damit die liberale Bevölkerung aus Selbstachtung nicht dahin gedrängt werde, solche Gesellschaften zu werden. Das soll eine Bitte zum Frieden sein.“

Die Konfessionellen, die sich einer besonders noblen Kampfmethode rühmend schmeißen, das im Jahre des Herrn Jordan v. Richter zu recht nett zu treiben, wenn die Liberalen schon zur Anwendung einer öffentlichen Bitte gezwungen werden.

Schärfere Vorkehrungen gegen die Arbeiterjugend ist jetzt auch in Baden zu bemerken. In Offenbach gab das Bezirksamt zur Maßfeierveranstaltung, in welcher Landtagswahl, Gen. Ab. G. sprach, die Weisung, die Jugendlichen zu entfernen. — In Schopfheim, an der hohloh-schweizerischen Grenze, wurde dem Landtagswahl, Gen. Müller eröffnet, daß der gepante Parteiungspolitiker Charakter trage und ausweitere Kinder und Verhörten an den Tag der Menge nicht teilnehmen dürften. Die Kinder hätten auch Schulstrafen zu gewärtigen. Die vom Minister des Innern getroffene Anordnung ergabe im Einverständnis mit dem badischen Unterrichtsministerium.

Der Trinkspruch des Genossen Bebel. Das sozialdemokratische Pressebureau teilt uns folgendes mit: Die Kölnische Zeitung berichtet von dem gemeinsamen Essen des Reichstagsvorstandes, das kurz vor dem Beginn der Pfingstferien im Hotel „Waldsee“ stattfand. Die Teilnehmer waren außer den parlamentarischen Mitgliedern des Vorstandes nicht entzogen konnten. Sein Essen hat jeder Teilnehmer selbst bezahlt. Die Kölnische Zeitung berichtet weiter, daß Genosse Bebel einen Toast auf den Präsidenten ausgesprochen habe. Das ist wahr. Es sind bei dieser Gelegenheit folgende Worte gefallen: „Wir sind heute in der Mittellage. Das gemeinsame Essen nun einmal zum Betriebe des heutigen Parlamentarismus gehören, lenkt man, aber daß unsere Genossen daran teilnehmen „müsten“, wird mancher bezweifeln.“

Das jug. preussische Herrenhaus verabschiedete am Sonntag die Dittmarvorlage. In der Debatte befragte der Oberbürgermeister von Bromberg, Herr Wittlaff, daß die vom Lande betriebenen Polen in die Städte kommen. Das solle die Regierung zugeben ablehnen. „Wir würden keine, sagte der Herr Oberbürgermeister, aber nicht die finanzielle Unterstützung der Bevölkerung durch die Sozialisten würde es schließlich auch noch zu bereinbaren sein, den Polen das Wohnen in den Städten zu verbieten! — Der Wegler darüber, daß alle Bestrebungen, die Arbeiterjugend ihrer Masse zu entfremden, vergeblich sind, am in der Rede zum Ausdruck, die der Generalsekretär der Demokratischen Union über die finanzielle Unterstützung hielt. Wir können ganz zufrieden sein, wenn sich der

## Die Getreidebörse.

### Ein Geschichte aus Chicago von Grant Norris.

„Nach und nach war der Abend hereingebrochen. Den ganzen Tag hatte vom See her ein kalter Wind über die Stadt geweht, und um acht Uhr, als Laura und Jadin in die kleine, ausgemerkte Bibliothek hinunterkamen, fiel ein starker Regen.“

Laura hatte Jadin den Arm umgeben. Die Schritte der beiden hallten leise von dem treppchenartigen Fußboden wider.

„So lieber“, sagte sie, „Gib mir die Handtasche. Sie dich auf die Arme dort. Wie du müdest? Sieh lieber deinen Hut auf. Es sieht hier überall, weil alle Möbel und Gardinen fort sind.“

„Nein, nein, ich bin ganz munter. Alte. Ist die Drostei schon da?“

„Nein, nicht. Wie du auch wirklich nicht müdest? Es ist die doch recht schön gelegen“, wiegt du, um das ist erst die erste Woche, seit du aufgefunden bist. Du erinnerst dich doch, der Doktor.“

„Ich habe eine zu gute Pflegenin gehabt“, entgegnete er und freute sich ihre Hand. „Um jetzt nicht wieder freuzufidel zu sein. Aber du müdest müde sein. Laura, Langelang, in eine ganze Nacht bist du nicht aus dem Zimmer gekommen, hat man mich gesagt.“

„Sie schüttelte den Kopf, wie wenn sie davon nichts hören wollte.“

„Ich bin neugierig“, sagte sie und legte sich die Hände über einem Arme fassend, auf eine niedrige Mue. „Ich bin neugierig, wie der Weizen wohl sein wird.“ Weißt du, Curtis, ich glaube, er wird mir gefallen.“

„Wir werden aber ganz von vorn anfangen müssen, Alte.“ sagte er und schüttelte bedeutend den Kopf. „Zuerst wird's nicht ganz leicht sein, fürstlich ich.“

Laura lachte über seine Redensarten.

„Wird leicht? Nein?“

„Sie nahm seine Hand und legte sie an ihre Wangen.“

„Bon Meisens wegen müdest du dich hassen.“ begann er. „Weil hat ich anders getan, als dir Nummer zu bereiten und dich schließlich dahin zu bringen, daß —“

Aber sie schloß ihm mit ihrer behandschubten Hand den Mund.

„Dor auf!“ rief sie. „Still, lieber. Du hast mir das größte Glück meines Lebens gebracht.“ Und dann murmelte sie mit weitgeöffneten, linsenden Augen: „Eine Heiratsgabe und kein Freund, und ich habe einen Sieg davongetragen, indem ich nicht erlag.“

„Wie langsam du?“ fragte Jadin. „Ich hab' dich nicht verstanden.“

„Das schadet nichts“, antwortete sie. „Es war weiter nichts. Die Welt liegt jetzt offen vor uns, nicht wahr? Und das

große Haus hier und das ganze Leben, das wir in ihm geführt haben, das war nur eine Episode, die jetzt abgesclossen ist.“

„Das glaubst du, wenn man sich hier im Zimmer umsieht.“

„sagte er bitter. „Nichts ist übrig geblieben, als die Tapete. Das glaubst du, was wohl in diesen Räumen ist?“

„Bücher und Portieren sieht drauf.“

„Wer mag sie wohl gekauft haben? Ich glaube, die Leute, die das Haus gekauft haben, würden sie auch mit übernehmen. Wahrscheinlich, es hat mir doch einen Ruck gegeben, wie das Buch und alles so langsam beginnt und wie ich mich auch, bei Gott! Aber jetzt ist hin, ist fort.“

„Es ist ab auf seine Labung in unserm Schiff geladelt hätten.“ Er sah auf seine Uhr. „Die Drostei muß doch bald da sein. Es ist mir lieb, daß wir die Koffer schon aufgegeben haben, das läßt uns mehr Zeit.“

„Du, da fällt mir ein“ rief Laura und öffnete langsam ihres Handbuchs. „Die haben heute morgen einen langen Brief von Sage aus Newark bekommen. Müßt du hören, was sie schreibt? Ich habe keine Zeit und hab' ihn nur zum Teil gelesen. Es ist der erste Brief, den ich von Sage seit ihrer Verheiratung erhalten habe.“

„Er kündete sich eine Phioze an.“

„Sag los“, sagte er und legte sich auf seiner Miste zurecht. „Was schreibt Frau Court?“

„Meine liebe Schwelmer“, begann Laura. „Länder und ich sind nun endlich in Newark. Die Eisenbahnfahrt hat uns recht ermüdet und einseitig, aber wir sind hier in einem reizenden kleinen Stadt, dessen Besitzer zugleich Chef de cuisine ist. Aberdamm im Hause spricht Französisch. Ich weiß mir einen Namen zu machen und kann dir das noch ein paar Wochen lernen. Wir sehen uns George, Sand und und beständig unsern Wortschatz ungemein. Heute abend gehen wir in ein Konzert und ich habe entdeckt, daß demnachst ein höchst interessanter Jullus von Sorlieng aus vier literarische Richtlinien oder so was ähnliches abgehalten werden wird. Quodsi „Länder“ Länder interessiert sich außerordentlich dafür.“

„Du hast eine Idee, Laura, wachst sie den Verstand er hat — ein wirkliches Denken! Aber nun noch eine wirkliches Neugier. Wir brauchen vielleicht unser altes Heim, das wir zuerst in Chicago bewohnt, nicht aufzugeben. Tante Weiß' schrieb neulich, daß sie, wenn es dir angenehmer wäre, das ganze Haus mitnehmen würde. Dann hätten wir doch ein richtiges Haus über dem Kopf und nicht fremde Leute, die über uns wohnen. Und sie ist eine so gute alte Seele, ich weiß, wir würden alle famos miteinander auskommen. Schreibe mir darüber, sobald du kannst.“

„Ich weiß, es wird dir recht sein, und Tante Weiß' sagte, sie wäre mit demselben Besitze einverstanden. Der Nachbar, der Borschewitz, hat aber mit Frau Grefler geschickelt. Sie ist jetzt schon beinahe dreiessen Tage hier und muß mit einer unüberheiraten Schwelmer in einem sehr schönen Hause nicht so schön als unter Falst in der Nord-Avenue. Sie, nie werde ich dieses herrliche Haus verlassen. Wahrscheinlich wird sie nun für immer hierbleiben.“

„Sie sagt, schon der Anblick der alten Umgebung in Chicago würde mehr sein, als sie vertragen

föunte. — Am Frau Grefler! Wie gut für sie, daß ihre Schwelmer — und so weiter, und so weiter“, unterbrach sich Laura hastig.“

„Wie nun, lies nur“, sagte Jadin und wandte sich nach ab. „Lach auch nicht eine Zeile aus.“

„Lach nicht jedes Wort hören.“

„Das ist alles, was sie darüber schreibt“, erwiderte Laura. „Wir wollen“, las sie, eine Seite des Briefes umwendend, weiter, in etwa drei Wochen zurück sein und Länder wird seine Arbeit in dem Eisenbahnbureau aufnehmen. Mit dem nächsten Monats ist er nicht mehr in Newark. Wie sagt er, Herr Jadin, brichst du beständig. Eine solche Unhänglichkeit ist dir noch nicht vorgekommen. Er sagt, Jadin wäre ein Genie, der größte Finanzmann des Landes, und Länder würde nicht genau, daß er hätte gewinnen können, wenn sich an jenem Tage nicht alle gegen ihn gewendet hätten. Er wird nicht müde, mir zu sagen, daß Jadin wäre ein Vater zu ihm gekommen.“

„Der gutigte, großherzige Mensch, den er je gekannt.“

Jadin nickte und geriet an seinem Schurzbarthe.

„Ab boh, Linsinn — so n kleiner Narr!“ polterte er heraus. „Er hat dich von Anfang an einladig angebetet, Curtis“, erklärte Laura. „Selbst nachdem er wurde, daß ich dich heiraten würde. Nimmals ist er eifersüchtig gewesen, nie hat er von irgend jemand ein Wort gegen dich hören wollen.“

„Gut — gut, was schreibst denn Frau Court sonst noch?“

„Ich freue mich, zu hören“, las Laura, „daß Frau Grefler nicht hartnäckig geworden ist, obgleich Länder mir sagt, er müsse eine Menge Geld verlieren haben. Von Länder habe ich auch erfahren, daß in Chicago achtzehn Aufstrome sind darauf basieren werden.“

„Sag, Grefler, wie hast du es geschickelt dabei. Jadin schickte uns ein Doohtschreiben — einen reizenden Medisinalen voll homöopathischer Mittel — kleine Pillen und drei Tassen, du weißt schon. Aber da Länder und ich nicht krank sind und wir uns beide über Homöopathie lustig machen, so wick ich mich nicht in das Zeug ein. Ich bin zufrieden. Länder ist so besorgt um mich, als ob ich ein Wadspünger wäre. Aber ich würde nicht aufpassen, er dachte mehr an seine eigene Gesundheit. Wie will er seinen Summumittel bei Regenmeter tragen. Ich habe seinen Geschmack genau studiert. Er zieht die französische Operette der englischen vor, ließ helle Karben an seinen Knawellen und schwamrt für geschickte Tante.“

„Wir beide senden auch herrliche Grüße, und Länder läßt sich ganz besonders Herrn Jadin empfehlen. Ich hoffe, dieser Brief kommt noch rechtzeitig an, um euch bon voyage und noch success zu wünschen.“

„Wie gratular, daß Jadin dieses neue Geschäft noch als Revisor in den angefangen hat! — Und wie sehr ich überglücklich bin, daß dein Name in den nächsten paar Jahren noch zwei oder drei Vermögen sich erwerben wird. Lebwohl, liebe Laura. Stets beim dich liebende Schwelmer.“

„Page Court.“

P. S. Ich öffne diesen Brief noch einmal, um dir zu sagen, daß wir Herrn Grefler gestern auf der Straße begegnet sind. Morgen segelt er nach Europa.“

(Schluß folgt.)



Der General über uns ärgert. — Schließlich wurde noch das Gesetz über die innere Kolonisation erörtert.

Wie man die Veteranen zurecht. Am vorigen Jahre wurde in ganz Österreich von Haus zu Haus für die 10000 bedürftigsten Veteranen gesammelt. Man wollte ihnen in diesem Jahre aus Anlaß der Jahrhundertfeier eine „Ehrengabe“ spenden. Nicht nur die Veteranen, sondern auch die Gemeinden haben Geld; insgesamt ist eine Summe von 400000 M. eingesamlet. Man glaubte allgemein, das Geld würde unter die bedürftigsten Veteranen verteilt werden. Daran denkt aber der Oberpräsident nicht. Er will das Kapital vielmehr sinnlos anlegen und die Veteranen sollen nur einen Teil der Zinsen erhalten. Und zwar sollen in jedem der österreichischen Städte und Landkreise nur drei Veteranen in höchstem Alter berücksichtigt werden. Die anderen werden also von den 10000 unterstützungsberechtigten Veteranen nur 117 etwas aus der „Veteranen-Spende“ erhalten. Der Rest der Zinsen soll zum Kapital geschlagen, und wenn die Veteranen gestorben sind, soll das ganze Kapital der Landesregierung zufallen!

Diese Vorgänge sind wieder einmal überaus bezeichnend für die „soziale Empfinden“ der preußischen Beamtenherrschaft. Die Veteranen hungern, aber die „Veteranen-Spende“ so lapidar verteilt werden! Kann man die Veteranen noch schlimmer verfahren?

**Stimmrecht.** Die österr. Staatsanwaltschaft soll einem wehrberechtigten Genußgenossen auf die Spur gekommen sein. Es soll sich um den Verkauf von Artillerie-Munition an Frankreich handeln. In die Affäre sind zahlreiche Personen verwickelt. So wurden in Wien ein aus Belgien stammender Soldat und ein französischer Sprachlehrer verhaftet. Auch in Köln sind einige Personen festgenommen worden. Niemanden aber verweigert die Polizei. — Die Firma Krupp vertritt in einer Erklärung ausdrücklich, daß kein Angestellter ihrer Firma sich unter den Verhafteten befindet.

### Norwegen.

**Stimmrecht auch den Frauen!** Der Verfassungsausschuß des norwegischen Storting hat einstimmig eine Vorlage beschlossen, die das allgemeine staatsbürgerliche Stimmrecht für die Frauen unter denselben Bedingungen wie für die Männer einführen soll. Die Anzahl der Wähler bei den politischen Wahlen wird dadurch um 225 000 erweitert. Die norwegischen Frauen besitzen schon seit dem Jahre 1907 das allgemeine Stimmrecht bei den Kommunalwahlen. Ein sozialistisches Mitglied des Verfassungsausschusses schlägt gleichzeitig vor, das Alter für die Gewährung des Stimmrechts auf das 21. statt das 23. Jahr festzusetzen.

### China.

Die innerpolitischen Wirren scheint Yuanseitai jetzt mit „harter Faust“ zu dirigieren zu wollen. Er hat umfangreiche militärische Maßnahmen getroffen, um wie der Neupost General aus Peking meldet, die revolutionäre Bewegung im Süden des Landes zu ersticken. Der Vertrieber von Nanjing während der Revolution, General Zhang, ist durch Befehl erhalten, mit 10 000 Mann nach Yulo zu marschieren und im Notfall Nanjing mit Gewalt zu besetzen. Andere Generale haben die Weisung erhalten, gegen Hunan und gegen Changhai vorzugehen. Gleichzeitig hat Yuanseitai dafür gesorgt, daß sich keine Truppen nicht in den Besitz der großen Waffendepots in Nanjing setzen können. Der Präsident hofft durch diese entscheidenden Schritte bald wieder völlig Herr der Situation zu werden. Der Vater der chinesischen Revolution, Dr. Sunyatzen, hat nach einer Information der Times schwere Anklagen gegen die chinesische Regierung erhoben. Er behauptet, daß die chinesische Regierung an dem Vorhaben, die Chinesen von sich selbst unabhängig zu machen, ernstlich abgewandt sei. Die Erregung der Bevölkerung in China soll sehr groß sein und Sunyatzen warnt das ausländische Kapital, der chinesischen Regierung Geld zu borgen.

**Meine Anstandsmaßnahmen.** Die österreichische Militärverwaltung wird 36 000 Mann das Jahr mehr fordern, also die Arme um 72 000 Mann vermehren. Die „Begründung“ ist aus der deutschen Militärperiode abgeschrieben. Kostenpunkt: 110 Millionen einmalige und 40 Millionen dauernde Ausgaben.

Die revolutionäre Bewegung in Mexiko greift weiter um sich. Die Morning Post bringt Meldungen aus Mexiko, die die Lage als düster hinstellen. Man glaubt, daß der General Huerta unabweisbar ist und innerhalb eines Monats erfolgen werde. Die Finanzkraft des Landes ist in hohem Maße erschöpft.

**Wahlbestimmung in der Schweiz.** Das Schweizer Volk nahm am Sonntag mit 160 000 gegen 105 000 Stimmen einen neuen Artikel in die Bundesverfassung auf, der den Bundesbehörden das Gesetzgebungsrecht zur Bekämpfung menschenfeindlicher und tierischer Straftaten gibt.

## Gewerkschaftliches.

### Unternehmerbrutalität gegen „Arbeiter, recht“.

Es ist nichts Neues, daß die Arbeiter, die es wollen, ihre Rechte zu wahren, von den Unternehmern glatt auf die Straße gesetzt werden. Diese Praxis ist so verbreitet, daß man sich jetzt schon nicht mehr scheut, offen vor Gericht auszusprechen:

Wer sein Recht geltend macht, wird rausgeworfen. Die große Hingeleierfirma des in der Provinz gezeigten Hingeleier für das Ausfahren der in den Briefkästen gesteckten Briefe einen so geringen Lohn nachträglich einlösen wurden. Als der Angeklagte unter dem Stempel des Hingeleier nach erfolgter Interaktion zugunsten der Arbeiter, in deren Namen die Klage beim Gewerbegericht eingereicht hatte, lehnte der Inspektor der Firma den Leuten die Müdigungspunkte auf die Brust und suchte sie zum formellen schriftlichen Bericht auf ihre Forderung zu bewegen. Er erreichte aber nur bei einem sein Ziel. Die anderen erhielten darauf ihre Müdigung. Vor dem Gewerbegericht lag der Inspektor dem Vertreter der Klage, um diese zur Zurückgabe der Klage zu bringen: „Ich habe den Leuten gefordert, sie haben aber darauf erklart, daß sie sich lieber zufriedengeben und weiter arbeiten wollten.“ Als er darauf aufmerksamer gemacht wurde, daß er nur bei einem Worte damit Erfolg gehabt habe, daß aber die übrigen 15 noch auf ihr Recht bestanden, antwortete er: „Die Hingeleier sind in Müdigung, und wenn die Leute ihre Klage nicht zurückgeben, dann müssen sie auflösen. Als schließlich auf Verlangen des Vorsitzenden ein Vergleich auf Widerruf erfolgte, der den Arbeitern einen Teil ihrer Forderungen erfüllte und dafür die Müdigung wieder aufhob, verurteilte der Inspektor durch nochmalige Drohung mit Entlassung der Kläger deren Vertreter zu zwingen, die Arbeiter zur Annahme des Vergleiches zu drängen: Wenn der Vergleich widerrufen wird, werden die Leute entlassen.“

Dieses Verfahren beleuchtet so recht die brutale Gewalt, die der Unternehmer gegen den Arbeiter ausüben kann. Wenn die Arbeiter durch Anbruch des Streiks den Unternehmer zur Erfüllung von Lohnforderungen zwingen wollen, werden sie wegen Erpressung bestraft.

### Lohnbewegungen in der Brauindustrie.

In Sonneberg i. Thür. streiken seit 2. Mai die Brauereiarbeiter, weil die Brauereien keinerlei Zugeständnisse auf die eingereichten Tarifforderungen machen wollten. Die Brauereien beharren bei der Forderung der Vereinigung und schüben auf eine Erlaubnis der Vereinigung nicht unterbreitet und auch keine Zugeständnisse zu machen, und diese Erlaubnis wäre ihnen von der Vereinigung, in welcher die rückständigen Unternehmer von Stoberg, Eisfeld usw. dominieren, nicht gegeben.

Auch in der Brauerei Orth in Kaiserslautern haben am 2. Mai von 40 Beschäftigten die Arbeit niedergelegt. Der Ort hatte bei einer früheren Verhandlung mit den Organisationsvertretern Zugeständnisse gemacht, die er jetzt nicht mehr annehmen wollte. Die Arbeiter erstreben einen Tarifvertrag, der in Kaiserslautern noch nicht besteht.

## Aus der Provinz.

### Vom Gefinde, recht!

Dem minderjährigen Dienstherrn N. in Oberwesfa bei Heiligenfeld hatte sein Arbeitgeber, der Gutsherr Schwin Schröder in Götting, Kreis Hildesheim, als Schlafraum eine Kammer angewiesen, in der es der Wirt und andern Angestellte nicht auszubauen war. Deshalb ging der junge Mensch öfter über Nacht zu seinen etwa eine Stunde entfernt wohnenden Eltern. Als er dies eines Abends wieder tun wollte, wurde er von dem Dienstherrn geschlagen und in den Schlafraum eingesperrt. Wegen dieser Behandlung verlor der Dienstherr anderen Tages den Dienst und erstatte gegen den Prügler Strafanzeige wegen Mißhandlung und Freiheitsberaubung.

Nun trat der Amtsrichter in Tätigkeit. Er „verfügte“ in der Zeit vom August bis Dezember v. J. in 11 mal, daß der Knecht den Dienst bei dem Gutsherrn binnen zwei Tagen wieder aufnehmen solle. Jeder Verhütung war die Androhung einer Geldstrafe von 30 M. eventuell drei Tagen Haft beigesetzt. Eventuell war in den nachfolgenden Verfügungen die wieder angebotene Gehilfenstellung. Weil der Knecht die Gehilfenstellung nicht begehren wollte, wurde das gegen ihn festgesetzt. Leider hatte der junge Mann unterdessen gegen den Rückkehrbefehl des Verwaltungsfreiverfahrens eingewandt.

Im November ließ der Erste Staatsanwalt in Bamberg sich auf den gegen den Prügler erstatteten Strafantrag hören: Gegen den Landwirt sei Anlage wegen Freiheitsberaubung erhoben. Dagegen sei abgelehnt, wegen Verleumdung und Körperverletzung gegen ihn einzureichen. Nach § 77 der Preussischen Gefindeordnung könne das Gefinde, wenn es die Verhaftung durch ungebührliches Verhalten zum Lohn zeigt und durch von ihr mit Scheltworten oder geringen Tätlichkeiten behandelt wird, dafür seine gerichtliche Geltung verlangen. Dies sei bei dem Knecht aber der Fall. Er habe den Angehörigen dadurch zum Lohn gezeigt, daß er wiederholt die Nacht über weggegangen und infolge dessen am nächsten Morgen zu spät zur Arbeit gekommen sei. Der Staatsanwalt sollte wissen, daß das durch § 77 der Gefindeordnung der Strafbarkeit eingetragene mittelbare Justizrecht durch Art. 65 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch beseitigt ist und daß unter allen Umständen im vorliegenden Fall der Dienstherr im öffentlichen Interesse anzuhängen war. Der unmissige Minderjährige hatte leider Beschwerde nicht erhoben.

Wie wurde es mit der Anlage gegen den Gutsherrn wegen Freiheitsberaubung? Die Strafanzeige des Landgerichts in Bamberg sprach ihn frei. Und wie kam das? In der Verhandlung wurde festge-

stellt, daß der Gutsherr „Gewalt angewendet und den Knecht eingesperrt hatte, weil dieser sich seinem Willen nicht unterwerfen wollte“. Aber der Anwalt „brauchte wegen der Entwerdung des Knechts notwendig“. ... Man dachte aber den Abend zu seinen Eltern lief, um am anderen Morgen nach zu erscheinen, dann sei er müde. Der Gericht glaubte auch die gesundheitliche Befundung des Dienstherrn, er sei wegen des massenhaften in der Schlafkammer vorhandenen Insekten nachts nach Hause gegangen, nicht als gemeinlich betrachtet zu dürfen: Weil er nicht oft und nachdrücklich genug über die Befähigung beim Arbeitgeber, nach dessen Angaben, vorzeitig gemeldet sei. Der Anwalt des Angeklagten trat die Klagen des Anwaltes über das Ingeheim mit dem geschmackvollen Scherz ab: „Wenn die Wägen sich vollgefahren hätten, ließen sie den Knecht in Ruhe und er könne dann ruhig schlafen.“

Was Gericht kam zu der Auffassung, der Gutsherr hätte geglaubt, „er sei berechtigt, so zu handeln, er könne den widerstrebenden Willen des Knechts brechen und ihn zwingen, die Hausordnung und die Arbeitseigenschaft innezuhalten“. Er habe sich demnach nur geirrt über seine Rechte aus dem Vertragsverhältnis. „It das aber der Fall, so hat ihm, als er den Knecht eingesperrt, das dem Gutsherrn gefehlt, er handle unrichtig. Fehte aber, wie das Gericht überzeugt ist, dem Angeklagten das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit seiner Handlung, so konnte ein wesentliches Merkmal des Tatbestandes des § 239 des Strafgesetzbuches nicht festgestellt werden. Das mußte notwendig die totale Freisprechung des Angeklagten zur Folge haben.“

Von Ingeheim geirrt, der Freiheit beraubt, verprügelt und dann noch wiederholt ins Loch, weil er die Strafe für Vollzug eines Mißhandlungs, der unbedenklich aufgehoben wurde, wenn der junge Mann nicht unter dem Antanzen Rechtsmittel dagegen einzulegen unterlassen hätte. „It bei so hoch der den Menschen herabwürdigenden Mißhandlung seit Leutenot erklärlich? Dringend möchten wir Eltern beraten, ihren minderjährigen Kindern, Töchtern oder Mädchen, die Gemeinigung zu landwirtschaftlichen oder Gerdiensten zu erteilen. Nur dann ist die Rechtslosigkeit gemindert, wenn durch Vertrag alle Gründe, die den gewerblichen Arbeiter zum Austritt berechtigen, auch für das Gefinde vereinbart werden, und wenn ferner schriftlich nach Art des von dem Verein der „Ausgewählten vor Jahren gemachten Vorschlags die Anwendung der Gemeinordnung und des Ausnahmengesetzes gegen Gefinde vom Jahre 1854 ausgeschlossen wird.“

**Schmidberg, Neust.** Am nahen Meinhart brannte die alte Schäferei vollständig nieder. An eine Rettung des Gebäudes war nicht zu denken, da dasselbe mit Stroh und Heuballen vollgepropt war. Auch mehrere landwirtschaftliche Maschinen verbrannten mit. Das Schäfereihaus, das ebenfalls abbrannte, hielt man ebenfalls schon für verloren; das Feuer erlosch, ist nicht aufzuheben.

**Wahlk. Liberale als Streikreformer.** Eine fortschrittlich-nationalliberale Wählervereinsammlung tagte hier am Freitag. Fabrikarbeiter Schmidt, Zorag und Eisenbahningenieur Martin Zorag stellten sich den Wählern vor und entwickelten in je 45 Minuten ihr „Programm“. Aus demselben sind folgende Punkte hervorgehoben: Die Wählervereinsammlungen sollen sich als Wählervereinsammlungen, die die Einführung der Erbschaftsteuer und gleichzeitig die Einführung der Einkommensteuer zur Verwirklichung der seiner Selbstbiographie erzieht man, daß er das Substrat handwerk gelernt, acht Jahre in der Fremde war, Stadtrat in Zorag und als Fabrikarbeiter 200 Personen beschäftigt.

Der Martin geräuschlos zunächst das gefundene Wahlrecht und trat dabei für ein direktes und geheimes Wahlrecht ein, doch für ein gleiches Wahlrecht er nicht zu haben, denn ein Mensch, der keine Steuern bezahlt, kann nicht das gleiche Wahlrecht besitzen wie ein Fabrikarbeiter oder Beamter. Er ist liberal. Das Universalwahlrecht nach schärfstem Muster wäre ihm lieb. Für ein Wahlrecht der Frauen ist er vorläufig nicht zu haben. Die Konsumvereine sind nach seiner Meinung überflüssig. Aus den Ausführungen konnte man deutlich heraus hören, daß die „Liberale“ nur ihre bürgerlichen Interessen im Landtage vertreten würden. Doch einem Arbeiter, der dem Fabrikanten erst die Werte schafft, ein gleiches Recht zuzugestehen, ist für sie unentbehrlich. Der heutige Liberalismus ist immer revolutionärer geworden. Der Verzicht der Liberalen Abgeordneten im Reichstag, der Bundesrat und dem Reichstag, man sollte ihre sonstigen rückwärtigen Handlungen im bürgerlichen Leben beweisen das. Und immer vorgerannt Mandatsbewerber würden noch auf sein Haar anders handeln. Darum muß unsere Parole sein: Kein Arbeiter darf einen liberalen Abgeordneten in seinem Gewisse haben, kein Arbeiter muß dadurch selbst schuldig sein. Nur die Sozialdemokratie vertritt die Interessen des Volkes!

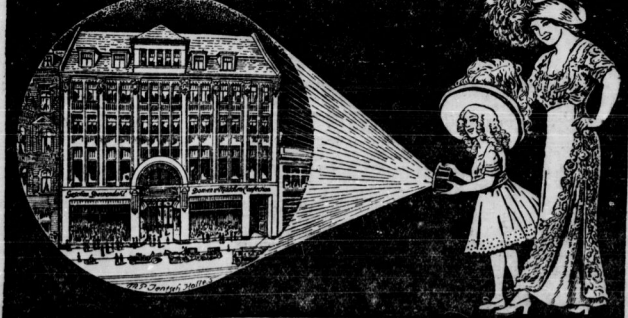
Verantwortlich für Redaktion, Politische Literatur, Verlagsredaktion Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Postamt und Vermittler Karl Vock, Lokales Wilhelm Koenig, Provinzialles Gottl. Kasparek. — Verleger und für die Anzeigen verantwortlich J. Schmidt in Halle. — Druck der Halleischen Genossenschafts-Druckerei (G. M. d. H.).

Bei Magenverkrümmungen erzieht man durch eine leichte „Kutsche“-Diät ein sehr gutes Ergebnis; es ist die beste, die trotz mangelnder Appetit gern genommen wird, das geschwächte Organ nicht belastet, sondern verdaulich regelt.

# Wir führen nur

906 **Kostüme, Mäntel**  
**Kleider, Blusen und Röcke**  
und bieten in diesen Artikeln die denkbar größte, sorgfältig gepflegte Auswahl schöner, toller Neuheiten in der bekannten guten Verarbeitung. Unsere bedeutenden Abwärtszüge ermöglichen so niedrige Verkaufspreise, daß man selbst geringe Bares nicht billiger kaufen könnte; man prüfe unsere Auslagen.

## Geldw. Locomotiv



# Allgem. Konsum-Verein Halle u. Umgeg.

# Torten und Kuchen im Ganzen sowie Teegebäck, im Anschnitt,

|                 |                          |             |                          |
|-----------------|--------------------------|-------------|--------------------------|
| Streusselkuchen | Stück 2 <sup>70</sup> M. | Mohnkuchen  | Stück 3 <sup>90</sup> M. |
| Mandelkuchen    | Stück 2 <sup>70</sup> M. | Matzkuchen  | Stück 3 <sup>90</sup> M. |
| Speckkuchen     | Stück 3 <sup>30</sup> M. | Bienenstich | Stück 3 <sup>30</sup> M. |

Topfkuchen, abgerieben und in Hefenteig, in allen Preislagen.

## Torten:

Nusstorte 3,00, Sandtorte 3—4,00, Torten mit Crémefüllung 3,00 Mk.  
**Torten zu Familien-Festlichkeiten in jeder Preislage.**

**Bekanntmachung!**  
 Hierdurch geben wir einem geehrten Publikum zur Kenntnis, dass, so wie auch in den Vorjahren, auch in diesem Jahre während der Sommermonate die hiesigen Fleischergeschäfte von 1 1/2 bis 3 1/2 Uhr nachmittags geschlossen gehalten werden. Die Fleischer-Innung zu Halle (Saale). I. A.: P. Schlösch, Obermeister.



**Das Feinste!** 1/2 Pfund. Stück **70** Pfg.

## Bei Rückgratverkrümmung



erschafft mein verbessertes gel. orthopädisches Appar. bei Erwachsenen und Kindern überaus schnelle Erfolge. — auch in den schwersten Fällen, da eine gewissenhaft. lückenlose Nachbehandlung damit verbunden ist. Der Preis für dieselben im Vergleich mit gleichwertigen Konkurrenzapparaten ist ein bezahlbar niedriger, da auch alle erforderl. Bestandteile die Möglichkeit haben, eine solche anzuschaffen.

**Jos. Lebeth, orthopädische Institute, Nürnberg.**  
 Wörthelstraße 5, II.  
 Gutmännliche Beratung und Untersuchung kostenlos.  
**Verlangen Sie den illustrierten Prospekt gratis.**  
 Ehrenkunden am Mittwoch, 7. Mai, in Halle im Hotel „Grüner Baum“, von 9 bis 6 Uhr.

**Neu eröffnet! Neu eröffnet!**  
**Rasier-, Friseur- u. Haarschneide-Salon.**  
 Kl. Ulrichstr. 18a (am Ausgang der Großen Ulrichstr.)  
 Feine und ansehnliche Bedienung.  
 Anfertigung von Haarschneide- Spezialität: Zöpfe.  
 Um gütige Unterstüßung bitte.  
**Wilh. Dressler, Friseur.**

**Militärstiefel,** neue u. getr. Halbstiefel, Langstiefel, leinere Schmalstiefel, Gewöhnliche, Rinderstiefel, gr. Russ. Stiefel, u. d. Schuhe u. Stiefel u. getr. Rinderstiefel, billig besetzt und repariert.  
 J. Sternbach, Alter Markt 11, 1110  
**Gedone Retze**

**+ Frauen! +**  
 Bei Störung u. Unregelmäßigkeit wenden sich vertrauensvoll an Frau P. Franke, Oberbantent (Alte) Friedenstr. 12.  
 Anskunft kostenlos.  
 Guttes Rindermagen mit G. R. J. verkauft, Jakobstr. 11 I. 1910

Ziehung schon 8. Mai 1913  
 Schleswig-Holstein. Pferde-Lotterie  
 351 Gewinn in Gesamtzahl Mark  
**80000**  
**63500**  
**16500**  
**10000**  
 Lose 1 Mk. 10 Mk.  
 11 Lose aus versch. Klassen  
 Porto und Liste 30 Pfg extra  
 empfiehlt u. versendet General-Debit Gust. Florde, Essen-Ruhr  
 sowie alle deren Postale Leuchtlochk. Verkaufsstell.

**Ausnahmepreis bis Pfingsten!**  
**Garnierte Hüte**  
 für Damen und junge Mädchen, grüß. Auswahl, Neuheit, d. Salons, emittiert zu enorm billigen Preisen.  
 Stck. 5, 7, 10, 15 Mk. usw.  
 A. Lehmann, Schmeerstr. 5, I. 910

**Sofort nach Erscheinen**  
 dieser Zeitung müssen Sie sich unbedingt zu **Sternfeld's**  
**Gr. Ulrichstrasse 4**  
 (im Kaiser-Paradise)  
**I. Etage,**  
 begeben, um sich von nachstehenden kaum glaublichen Gelegenheitskäufen zu überzeugen.  
 Die solange Vorrat:  
**Rusener Kleider** reeller Wert bis 2,00 Mk., jetzt pro Meter **38** Pfg.  
 nur nachschickte Qualitäten.  
**Seidene Kleider** reeller Wert bis 2,75 Mk., jetzt pro Meter **70** Pfg.  
**Seidene Kleider** reeller Wert bis 5,00 Mk., jetzt pro Meter **140** Pfg.  
**Oberhemden** bunt und weiß **325** Pfg.  
**Kragen, Manschetten, Strümpfe** mit 20% Abz.  
**Reinleinierte Servietten** Stück **38** Pfg.  
 Wert bis **2.00** Mk.

**Keine Hausfrau darf es versäumen, Dienstag nach der „Nordsee“ zu eilen.**  
 Fröh' 7 1/2 Uhr eintreffend:  
 1 Baggon **blutfrisierher**  
**Kabeljau** ohne Kopf . . . . . Fund nur **19** Pfg.  
**Seelachs** ohne Kopf **17** Pfg.  
**Schellfisch** ohne Kopf sehr fett und zart . . . . . Fund nur **28** Pfg.  
**Bruschollen** Pfl. 28 Pfl. **Karboraden**, bratfertig, Pfl. 27 Pfl.  
 Die Ware ist von feinsten Qualität. Nur infolge Mangelang unserer Dampfboiler ist billiger.  
 Kochbücher gratis.  
 Hochfeine Matjesheringe . . . . . Stück **15, 20** und **25** Pfg.  
 Hochfeine Riesen-Fetheringe . . . . . Stück nur **12** Pfg.  
 trock der Größe fett und zart . . . . . Duzend nur **65** Pfg.  
**„Nordsee“ Deutschlands größter Seefischhandel.**  
 Telephone 8788 und 1275.

**Floh-Zod** besichtigt sicher jede Flohplage.  
 Hohe 50 Pfg. u. 1.- Mk.  
**Drogerie Max Rädler,** nur Rannischstraße 2.  
**Goldsachen** werden billigst repariert von **R. Voss, Geleistr. 46.**  
 Eigene Goldschmiede-Werkstätte. Elektr. Betrieb. Vergolden u. Versilben. Kaufe altes Gold u. nehme in Zahlung.  
**+ Fleckenranke +**  
 an Str. Juden, Ausschläge, Krätze, Sommerbock, oft u. gelblich. Keine, keine led. gern mindl. ob. lahrnt. mit, wie ich leb. leicht davon befreit.  
**Franz A. Starke**, Brundweide 107, 101 Niederstraße 108.

**Stadtsammlige Nachrichten**  
**Sankt-Ed (Steinweg 2), 3. Mai.**  
**Aufgehoben:** Bildauer Breit- schuh u. Rola Schläge (Schimmel- straße 17 u. Krakenbergstraße 17).  
**Gefährdungen:** Kaufmann Büchner und Margarete Balde- weg (Schwerin und Schmiedestr. 4), Kaufmann Seiffert und Helene Schotte (Reibburgstr. 11), Kaufmann Duellmalz und Frieda Bergfeld (Waben und Tauben- straße 19), Schlichtmeier, Krumbiegel und Elise Fiege (Braun- burger- u. Mühlstraße 4), Voll- berggartner Borkel und Magdalena Reichardt (Ruhm. Wucherer- straße 73 und Frientstraße 24), Schlichter Rüb und Emma Begenhardt (Kleine Schloßstraße 4 und Kleine Ulrichstraße 26), Er- pedient Melling u. Frieda Köbel (Pölsig, Ringer, Grotendor und Fortstraße 44), Schloßmeister Nierner und Franziska Wenden- burg (Mühlstr. 20 u. Oranien- straße 30), Lithograph u. Sechser Schilch und Gertrud Hermann (Bolkmanstraße 13 u. Chemnitz), Ingenieur Ahrens und Ella Marianne (Frankleben u. Süßher- renstr. 16), Krankenschwester Scherbitz und Anna Damm (Alt-Scherbitz und Nietenstr.).  
**Gezerrt:** Arbeiter Damm T. (Rindstraße 51), Altmacher Jäncke S. (Königstr. 15), Voko- mottebeger Bekka S. (Herbar- straße 2), Kaufmann Scherbitz und Helfert S. (Merleburgerstraße 106), Voltai-Sergeanten Wistbrock S. (Weidenauerstraße 18), Zylinder Schmitt S. (Vollstraße 10).  
**Geboren:** Schuhmacher Wernicke, 62 J. (Belegenerstraße 10), Wagnermacher Köppen und Hellich, 67 J. (Bergmannstraße), Arbeiters Hübler Christen Amalie geb. Wierling, 66 J. (Belegener- straße 10), Arbeiter Damm S., 8 Mon. (Herrenstraße 8).  
**Sankt-Ed (Gr. Brunnenstr. 2), 2. Mai:**  
**Aufgehoben:** Arbeit Gottschüt und Emma Strichmann (Trothaer- straße 8) und (Herrenstraße 41), Techniker Müller u. Paula Lange (Hagenburg und Trothaerstr. 36), Gezeug, Blumenbänder Ziegl- er S. (Gr. Brunnenstr. 2), Arbeiter Hach S. (Schulberg 16), Kapitän Greter aus Neu-Volau S. Maller Schöbe T. (Herrenstraße 10), Hilfsarbeiter Maria T. (Krollmü- llerstraße 3a), Arbeiter Möbius T. (Schulberg 17), Straßenbahn- wagenführer John T. (Gr. Brun- nenstraße 8), Lageristen Menzel S. (Mühlstraße 14), Arbeiter Weert S. (Gr. Mühlstraße 43).  
**Gebefliegen:** Buchbinder- meister Juninger und Marichen Hilbig (Zeilstraße 16), Arbeiter Zimmermann und Julie Stein (Gr. Olesenstr. 2), Arbeiter Güge und Margarete Seifer (Gr. Olesenstr. 38), Kaufmann Loh- mann und Helene (Belegener- straße 43 und Schillerstraße 20), Maschinenlehrer Gottschling u. Gertrud Schöne (A. Vereinsstr. 1 und Mühlstraße 12), Arbeiter Konrad u. Martha Scholz (Wörth- straße 11 und Gr. Brunnenstr. 33), Kaufmann Bock u. Emma Langer (Waben und Flandenbergstraße 4), Schloßer Sorgenfrei und Elise Richter (Sporckstraße 6) und Köhler S. (Börner Jung- und Helene Götsch (Königsstr. 61 und Vettinerstraße 2), Chauffeur Schmidt und Emma Rühlmann (Scherbitzstraße 12 und Her- denstraße 71), Arbeiter Pink und Anna Dietrich (Nietenberg und Wörthstr.).  
**Geboren:** Fildler Nather S. (Waukir. 1), Lokomotivführer Hoff- mann T. (Friedrichstr. 16), Schneidermeister Wörthstr. S. (Mühl- straße 24), Kaufmann Lew S. (Götzen- straße 10).  
**Geboren:** Stadtbahnwagen- führers Böhm, 10 J. 9 Monate (Schillerstraße 41).

**Stadtsammlige Nachrichten**  
**Sankt-Ed (Steinweg 2), 3. Mai.**  
**Aufgehoben:** Bildauer Breit- schuh u. Rola Schläge (Schimmel- straße 17 u. Krakenbergstraße 17).  
**Gefährdungen:** Kaufmann Büchner und Margarete Balde- weg (Schwerin und Schmiedestr. 4), Kaufmann Seiffert und Helene Schotte (Reibburgstr. 11), Kaufmann Duellmalz und Frieda Bergfeld (Waben und Tauben- straße 19), Schlichtmeier, Krumbiegel und Elise Fiege (Braun- burger- u. Mühlstraße 4), Voll- berggartner Borkel und Magdalena Reichardt (Ruhm. Wucherer- straße 73 und Frientstraße 24), Schlichter Rüb und Emma Begenhardt (Kleine Schloßstraße 4 und Kleine Ulrichstraße 26), Er- pedient Melling u. Frieda Köbel (Pölsig, Ringer, Grotendor und Fortstraße 44), Schloßmeister Nierner und Franziska Wenden- burg (Mühlstr. 20 u. Oranien- straße 30), Lithograph u. Sechser Schilch und Gertrud Hermann (Bolkmanstraße 13 u. Chemnitz), Ingenieur Ahrens und Ella Marianne (Frankleben u. Süßher- renstr. 16), Krankenschwester Scherbitz und Anna Damm (Alt-Scherbitz und Nietenstr.).  
**Gezerrt:** Arbeiter Damm T. (Rindstraße 51), Altmacher Jäncke S. (Königstr. 15), Voko- mottebeger Bekka S. (Herbar- straße 2), Kaufmann Scherbitz und Helfert S. (Merleburgerstraße 106), Voltai-Sergeanten Wistbrock S. (Weidenauerstraße 18), Zylinder Schmitt S. (Vollstraße 10).  
**Geboren:** Schuhmacher Wernicke, 62 J. (Belegenerstraße 10), Wagnermacher Köppen und Hellich, 67 J. (Bergmannstraße), Arbeiters Hübler Christen Amalie geb. Wierling, 66 J. (Belegener- straße 10), Arbeiter Damm S., 8 Mon. (Herrenstraße 8).  
**Sankt-Ed (Gr. Brunnenstr. 2), 2. Mai:**  
**Aufgehoben:** Arbeit Gottschüt und Emma Strichmann (Trothaer- straße 8) und (Herrenstraße 41), Techniker Müller u. Paula Lange (Hagenburg und Trothaerstr. 36), Gezeug, Blumenbänder Ziegl- er S. (Gr. Brunnenstr. 2), Arbeiter Hach S. (Schulberg 16), Kapitän Greter aus Neu-Volau S. Maller Schöbe T. (Herrenstraße 10), Hilfsarbeiter Maria T. (Krollmü- llerstraße 3a), Arbeiter Möbius T. (Schulberg 17), Straßenbahn- wagenführer John T. (Gr. Brun- nenstraße 8), Lageristen Menzel S. (Mühlstraße 14), Arbeiter Weert S. (Gr. Mühlstraße 43).  
**Gebefliegen:** Buchbinder- meister Juninger und Marichen Hilbig (Zeilstraße 16), Arbeiter Zimmermann und Julie Stein (Gr. Olesenstr. 2), Arbeiter Güge und Margarete Seifer (Gr. Olesenstr. 38), Kaufmann Loh- mann und Helene (Belegener- straße 43 und Schillerstraße 20), Maschinenlehrer Gottschling u. Gertrud Schöne (A. Vereinsstr. 1 und Mühlstraße 12), Arbeiter Konrad u. Martha Scholz (Wörth- straße 11 und Gr. Brunnenstr. 33), Kaufmann Bock u. Emma Langer (Waben und Flandenbergstraße 4), Schloßer Sorgenfrei und Elise Richter (Sporckstraße 6) und Köhler S. (Börner Jung- und Helene Götsch (Königsstr. 61 und Vettinerstraße 2), Chauffeur Schmidt und Emma Rühlmann (Scherbitzstraße 12 und Her- denstraße 71), Arbeiter Pink und Anna Dietrich (Nietenberg und Wörthstr.).  
**Geboren:** Fildler Nather S. (Waukir. 1), Lokomotivführer Hoff- mann T. (Friedrichstr. 16), Schneidermeister Wörthstr. S. (Mühl- straße 24), Kaufmann Lew S. (Götzen- straße 10).  
**Geboren:** Stadtbahnwagen- führers Böhm, 10 J. 9 Monate (Schillerstraße 41).





## Verbandstag der Bergarbeiter.

Vierter Verhandlungstag.

Das Referat über den Punkt:

### Die Massenunglücke im Bergbau

hieß Waldhede's Redem. Im Jahre 1912 hätten sich die Massenunglücke im Bergbau in geradezu unheimlicher Weise vermehrt. Darum habe er den Vorstand für notwendig gehalten, daß die Unfallmindernde des Bergarbeiterkongresses auf der Generalversammlung hervorgehoben wird. Der Redner erinnert an die einzelnen Unglücke in den letzten Jahren. Die Aufregung der Massenunfallkatastrophen stehe im ursächlichen Zusammenhang mit der Konjunktur. Bei Konjunkturumkehr sei die Zahl der Unfälle eine viel größere. Der Schutz der Bergarbeiter gegen Unfallgefahren wäre nötig umgeändert. Auch die Einführung der Sicherheitsmänner habe nicht dazu beitragen können, eine weitere Steigerung der Unfallzahlen zu verhindern. Aber nicht die Sicherheitsmänner seien es, sondern ihre Tätigkeit nach keine größeren Erfolge aufzuweisen könne, sondern Versäumnisse. Pflicht der Aufsichtsbehörde wäre es, die Sicherheitsmänner zu unterstützen. Das Gegenstück wäre aber der Fall, nicht unterstützt, sondern geübelt würden die Sicherheitsmänner. Als Mittel, die Tätigkeit der Sicherheitsmänner zu unterstützen, bezieht der Redner:

1. Die Vereinfachung des Arbeiterschlusses, das er die Befragungen der Sicherheitsmänner wegschafft.
2. Der Sicherheitsmann wird gegen seinen Willen an eine schlechte Arbeit verlegt, wo er nichts verdient.
3. Die Sicherheitsmänner werden von den Besessenen geübelt, Entzügen ins Freie zu machen. Um sie es dennoch werden sie dafür gerächt.

4. Die Entlassung der Sicherheitsmänner aus der Arbeit. Nach dem Gesetz ist die Entlassung eines Sicherheitsmannes nur bei wichtigen Gründen möglich, wenn sie einen unbedenklichen Sicherheitsmann auf Ersatz setzen wollen; sie haben das in der Praxis unzählige Male bewiesen.

5. Der Referent fordert in den weiteren Ausführungen ausreichenden Schutz für Bergarbeiter, wofür der Erfolg eines Reichsbereitschaftsorgans notwendig sei. Der Erfolg der Forderungen liegt in einem vom Referenten unterbreiteten Resolutionen nieder, um deren einstimmige Annahme Redner am Schluß seines mit Beifall aufgenommenen Vortrages bat.

6. Die Zahlen der Massenunfälle des Jahres 1912, denen wieder über 200 Bergarbeiter zum Opfer gefallen sind, und die erheblich geringere Zahl der Einzelunfälle haben zur Evidenz die Unglückseligkeit des Bergarbeiter-Schlusses bewiesen.

7. Es steht außer Zweifel, daß die Sicherheitsmänner mit ihren außerordentlichen beschränkten Befugnissen untergebracht sind, einen wirklichen Bergarbeiter-Schutz herbeizuführen. Allein die Tatsache, daß die Unfallzahlen in den anderen bergbauverarbeitenden Ländern Europas wesentlich geringer sind als in Deutschland, läßt erwarten, daß längere Mittel zur Verfügung der Gewerkschaften im Bergbau zur Anwendung gebracht sind.

Es ist befremdend, daß Deutschland in puncto Bergarbeiter-Schutz hinter dem Ausland zurückbleibt. Die Generalversammlung erachtet zur Abstellung der begründeten Beschwerden der Bergarbeiter zur Sicherung von Leben und Gesundheit im Bergbau dringend notwendig, daß die Reichsbereitschaftsorgane mindestens zu einer einflussreichen werden:

1. Die regelmäßige Schlichtung einschließlich der Pausen in Grubenbetrieben nebst Kessel- und Seilanlagen beträgt acht Stunden inklusive Ein- und Ausfahrt. (Wenn unterirdischen Grubenbetrieben vom Verlassen der Erdoberfläche bis zum Wiederbetreten derselben.) Der Bergarbeiter muß mit einer Temperatur von 22 bis 28 Grad Celsius arbeiten, die Schichtzeit sieben Stunden, vor heißen und solchen Temperaturpunkten, an denen die Temperatur mindestens 28 Grad Celsius beträgt, sechs Stunden, bei einer Temperatur von 35 Grad Celsius und mehr, vier Stunden täglich.

2. Heber- und Reibmaschinen, sowie Verlagerung der Arbeitszeit sind nur zur Rettung von Menschenleben oder bei außerordentlichen Betriebsstörungen zulässig.

3. Heber- und Reibmaschinen, sowie Verlagerung der Arbeitszeit, die von der Arbeiterschaft in einem allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlverfahren zu wählen. Dasselbe ist ein wirtschaftlich unabhängiges zu machen, aus Staatsmitteln ausreichend zu besetzen.

4. Vereinfachung einer genügenden Zahl von Rettungsapparaten und Tragbahnen für den Transport der Verunglückten. Ausbildung von Mannschaften zur Handhabung der Rettungsapparate sowie zur ersten Hilfeleistung bei Verletzungen.

Die Generalversammlung erachtet daher die Landesbestimmungen und besonders die preussische Regierung, im Bundesrat für die Schaffung eines Reichsbereitschaftsorgans zu wirken bzw. die Reichsregierung zu veranlassen, baldmöglichst einen Entwurf eines Reichsbereitschaftsorgans vorzulegen, in dem die von den oben genannten Forderungen Berücksichtigung finden.

Sollten die Regierungen sich weigern, diese Forderung zu erfüllen, so muß ihnen die Schuld an etwa erfolgenden Massenunfällen und an den massenhaften Einzelunfällen beigegeben werden.

5. In der Diskussion trat Franz Glabbe im Gegensatz zum Referenten dafür ein, daß der Verband sich künftig nicht mehr an der Wahl der Sicherheitsmänner beteiligen soll, da diese an der richtigen Ausübung ihrer Funktionen gehindert seien. Gegen diese Ansicht wandten sich andere Redner. Es sei ein großer Fehler, wenn man sich an diesen Wahlen nicht beteiligen würde.

Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Zu Beginn des fünften Verhandlungstages. Der Vorsitzende fand ferner folgenden Antrag: „Bei Massenunfällen auf den Betrieben haben die Mitglieder, in deren Bezirk die Unglücksfälle liegen, am Tage der Beerdigung die Arbeiter zu unterstützen und dafür zu sorgen, daß nach Möglichkeit die Arbeiter in dem betreffenden Bezirk eine vollständige Hilfe ist. Die Bergarbeiter sind aufzufordern, sich geschlossen an der Beerdigung zu beteiligen.“ Dem Vorstände zur Berücksichtigung übermittelte wurde ein Antrag, der verlangt, daß, wenn Sicherheitsmänner wegen Unfallunterstützungen Lohnverlust erleiden, ihnen dafür vom Verbands eine entsprechende Entschädigung zu zahlen ist.

Den Vorsitz des Generalversammlungskongresses in Dresden gab Gärnerer-Hilberheim, der auch kurz auf die Bedeutung des Internationalen Bergarbeiterkongresses im Juli in Karlsruhe hinwies. Die Wahl der Delegierten wird Freitag vorgenommen.

### Fünfter Verhandlungstag.

Der Bericht der Statutenberaufkommmission. erhaltete heute Wilmann-Saatzbrüden. Die Kommission hat Beiträge und Unterstützungsleistungen nach ihren bisherigen Bestimmungen im wesentlichen beibehalten. Dem Bericht der

Generalversammlung folgend, schlägt sie aber vor, eine neue Beitragsklasse von 60 Wfl. für alle Mitglieder, die 17 bis 18 Jahren Beitrag zahlen wollen, zu schaffen. Für diese Beitragsklasse sind nur Mitglieder, die eine Unterfertigung von Mitgliedern unter 17 Jahren sollen pro Woche 10 Wfl. Beitrag zahlen. Die Höhe der Unterfertigung für diese jugendlichen Mitglieder soll vom Vorstand festgelegt werden. Mitgliedern, die wegen ihrer Betriebsunfähigkeit freihilfslos erliegen und eine Familie zu unterhalten haben, kann der Vorstand für diese Zeit eine Unterfertigung bis zur Höhe der Strafen bzw. Gemeinregelungsunterstützung bewilligen.

Die Bestimmungen über das Sterbegeld sollen eine Veränderung erfahren. Die Kommission hat den Vorschlägen des Vorstandes zugestimmt. Das Sterbegeld wird für die ersten Klasse der Mitgliedschaft erhöht und für die älteren Mitglieder erhöht. Die Höhe des Sterbegeldes richtet sich nach der Mitgliedsdauer und der Höhe des gezahlten Beitrages. Hat ein Mitglied in mehreren Beitragsklassen geleistet, so werden sämtliche Beiträge in die Klasse umgerechnet, für welche zuletzt 50 wöchentliche Beiträge ununterbrochen gezahlt sind. Wenn ein Mitglied Anspruch auf Sterbegeld einer höheren Klasse hat und dann in eine niedrigere Beitragsklasse abfällt, so hat es so lange Anspruch auf das in der höheren Klasse erworbene Sterbegeld, bis es durch weitere Beitragszahlung in der niederen Klasse ein höheres Sterbegeld beziehen kann. Das Sterbegeld soll in der Klasse 1 (40 Wfl.) 20 bis 40 Wfl. betragen, in der Klasse 2 (40 Wfl.) 20 bis 100 Wfl., Klasse 3 (50 Wfl.) 30 bis 110 Wfl. und in der neuen Klasse 4 (60 Wfl.) 35 bis 120 Wfl.

Die Bestimmungen über die Generalversammlung sollen dahin erweitert werden, daß sämtliche Mitglieder des Aktionsausschusses (einschließlich Verbandsangestellter) bei Wahlen über wichtige Fragen Stimmrecht haben. Bisher hatten die Angestellten nur ein Stimmrecht, wenn sie ein Mandat hatten.

Dem Streitreglement soll folgender neue Absatz eingefügt werden: Ein Streit gilt nur dann als beschlossene, wenn mindestens drei Viertel der in Frage kommenden Mitglieder beizugelegten sich dafür erklären. Bei der Abstimmung über die Frage, ob ein Streit fortgesetzt werden soll, ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. — Die Streitunterfertigung soll in den drei ersten Beitragsklassen in der bisherigen Höhe bestehen bleiben, in der neuen 60-Wfl.-Klasse 17 Wfl. nach einjähriger Mitgliedschaft, 12 Wfl. nach 20wöchiger, 10 Wfl. nach 18wöchiger und 8 Wfl. unter 18wöchiger Beitragsleistung betragen. Ferner soll für jedes der Schule noch nicht entworfene Kind, für welches das Mitglied den Unterhalt beibringt, ein wöchentliches Zuschuß von 1 Wfl. bei einer Mitgliedschaft von 52 Wochen, bei weniger von 50 Wfl. pro Woche bezahlt werden.

Die Kommissionsvorschläge werden, bis auf die über die Streit-Unterfertigung, nach geringer Debatte von der Generalversammlung angenommen. Über die Streitunterfertigung erhob sich eine längere Erörterung. Dem Redner sind die bisherigen Sätze zu hoch, also soll unter 18wöchiger Mitgliedschaft keine Unterfertigung bezahlt werden. Von einem Verstandemittel wird die letzte Forderung bekräftigt und betont, daß, wenn Mitglieder unter 18 oder 20wöchiger Beitragsleistung unter 18wöchiger Unterfertigung stehen, die Vorstände die schweren Konzepte beibehalten. Schließlich wurde dieser Paragraph mit einer Reihe Abänderungsanträge an die Kommission zurückgegeben.

Die Generalversammlung wählte dann 28 Delegierte zum nächsten Generalversammlungskongress, 13 Delegierte zum internationalen Bergarbeiterkongress.

### Ueber Konzentration, Syndikatspolitik und Verstaatlichungsfrage im Bergbau

referiert hierauf Otto H. u. Redem. In der Hand eines neuen Zahlenmaterials zeigte er, wie die Konzentration im Bergbau sich rapid entwickelte. Nur wenige Hundert Großindustrie hatten den Hauptanteil an den Erträgen der Bergindustrie. Die Zahl der Werke geht zurück. In noch größerem Maße ist aber die Konzentration des Besitzes vor sich gegangen. Am reichhaltigsten sind die Industriellen, die gehören zu Unternehmerrgruppen 82 Prozent der Gesamtbesitzschaften, auf deren 300 000 Arbeiter befristet sind. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die gesamten Unternehmer in einem Trust vereint sind. Genau wie in Amerika konzentriert sich das Kapital auch bei uns in nur wenige Hände. Es ist eine Verengung der öffentlichen Meinung, wenn man es in der Welt, als ob in Deutschland die Zusammenziehung des Kapitals sich noch nicht so vollzogen hätte wie in Amerika. Bei uns sind diese Konzentrationen nur verheißert. Sie fördern durch die Gründung der Kartelle und Syndikate, durch die zweifelslos eine größere Stabilität auf dem Markte erzielt werde. Die Kartelle könnten aber auch ein Verfall des Marktes herbeiführen. Es ist fest, daß es Kartelle und Syndikate gebe, die Patente aufkaufen und eine Verbilligung der Produktion hinterziehen. Durch die Syndikate wird die Macht der Unternehmer gegenüber der Arbeiterschaft außerordentlich vergrößert. Die Zahl der Kartelle und Syndikate ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. Hat man sich nicht über die Verbilligung der Produktion in der Welt informiert. Die Preise der Kohlen sind in der nächsten Nähe der Pechen am höchsten. Im Ausland werden die niedrigsten Preise genommen trotz der hohen Frachten. Die Werke wurden 1912 im Ausmaß an das Syndikat eine Abgabe von 1 1/2 Wfl. pro Tonne entrichten, während der Beitrag für die lokale Verkohlung nur 80 Wfl. pro Tonne beträgt. Durch diese Abgabe an das Syndikat wird ermöglicht, daß an das Ausland billiger abgesetzt werden kann.

Die Kartelle haben auch den Anleihenhandel auf. Sie monopolisieren den Handel und die Schifffahrt. Gegenüber Unternehmern, die sich dem Syndikat nicht anschließen wollen, wird der käufliche Preis für Kohlen durch die Kartelle in der Welt verbilligt. Die Preise der Kohlen sind in der nächsten Nähe der Pechen am höchsten. Im Ausland werden die niedrigsten Preise genommen trotz der hohen Frachten. Die Werke wurden 1912 im Ausmaß an das Syndikat eine Abgabe von 1 1/2 Wfl. pro Tonne entrichten, während der Beitrag für die lokale Verkohlung nur 80 Wfl. pro Tonne beträgt. Durch diese Abgabe an das Syndikat wird ermöglicht, daß an das Ausland billiger abgesetzt werden kann.

Die Abgabe von Kartellen, Syndikaten und schließlich trustartigen Kartellvereinigungen in der Bergwerksindustrie ist eine natürliche Folge der durch die neuzeitliche Bergwerksentwicklung ganz besonders häufigsten großkapitalistischen Industrieentwicklung. Es ist also nicht zu verstehen, daß die Regelung der Produktion und des Verkaufs seitens der

Verlasten und den Kartellverhältnissen eine stabilere Gestalt gegeben hat und somit den Existenzbedingungen der Arbeiterschaft im ganzen genommen, nicht schädlich war. Die neueren Vorgänge in der Bergwerksindustrie, namentlich die gemeinschaftliche Grubenwirtschaft in der Kalinitrie, die ohne Rücksicht auf die übrigen inländischen Industriezweige sich vollziehende große Vermehrung der Schachtanlagen im Eschweiler-Bezirk, die hierdurch in größte Nähe gedrückte Gefahr der Stilllegung einer Reihe Pechen im südlichen Ruhrrevier, ferner die in einem unnatürlichen Verhältnis zu der Selbstkostensteigerung stehende, inhaftlich vorgezogene Preissteigerung, überhaupt der von den Verlasten auf die von ihnen abhängigen Arbeiter und Verbraucher ausgeübte starke Druck beweisen, daß es hoch an der Zeit ist, die Gesetzgebung um Schutz der heimischen Wodensätze und der wirtschaftlich Schwachen eingreifen zu lassen. Unter der wohl selbstverständlichen aber nach den Erfahrungen in gewissen Staatsbetrieben notwendigerweise ausdrücklich zu betonenden Voraussetzung, daß den Arbeitern und Beamten die unbeschränkte Freiheit der gewerkschaftlichen Vereinigung garantiert, erklärt die 20. Generalversammlung des Bergarbeiter-Verbands abernals, daß sie in der Verstaatlichung der Bergwerksbetriebe die geeignete Maßregel zum Schutz der durch die sich anbahnende riesigen kapitalistischen Trustbildung schwer bedrohten Gemeininteressen erblickt.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Wahl des Vorstandes und der Reaktoren ergab die einstimmige Wiederwahl der amtierenden Vorstandsmitglieder und der Reaktoren. Für den Verfassungsausschuß wurden acht Kameraden und für den Kontrollsausschuß sieben Kameraden gewählt.

Die Statutenberaufkommmission berichtete hierauf erneut über die Festsetzung der Bestimmungen über die Streitunterfertigung. Die Kommission hat den Wünschen der Delegierten insofern Rücksicht genommen, als die älteren Mitglieder mehr berücksichtigt werden sollen. Dem Vorstand, den Mitgliedern unter 18 Wochen keine Unterfertigung zu gewähren, konnte die Kommission nicht zustimmen. Nach ihrem Antrag soll nun die Streitunterfertigung betragen: Bei einer Beitragsleistung von unter 52 Wochen Klasse a Klasse b Klasse c Klasse d von unter 52 Wochen 10 Wfl. 12 Wfl. 14 Wfl. 16 Wfl. von 26 bis 52 Wochen 9 " 10 " 11 " 12 " von 13 bis 26 Wochen 7 " 8 " 9 " 10 " unter 13 Wochen 5 " 6 " 7 " 8 "

Mitglieder, die dem Verband mindestens 156 Wochen (drei Jahre) ununterbrochen angehören, erhalten in allen Klassen pro Woche 1 Wfl. mehr.

Die Generalversammlung stimmte diesem Vorschlag ohne Debatte gegen wenige Stimmen zu. Das geänderte Statut wurde einstimmig angenommen. Es tritt am 1. Januar 1914 in Kraft.

Bei Beratung der noch nicht erledigten Anträge wurde beschlossen, die Beiträge zur Angestelltenunterfertigung ganz auf die Hauptklasse zu übernehmen und zur Unterstützungsvereinigung die Hälfte des Beitrages zu entrichten. Das monatliche Anfangsgehalt der Lokalbeamten wurde von 140 auf 150 Wfl. erhöht.

Damit wurde die Arbeiten der Generalversammlung beendet.

Vorherigen Sprechern schloß den Kongress mit einem Resümee über die wahrgenommenen Arbeiten und mit einem Gruß auf die Organisation. Die Delegierten singen eine Stroche des internationalen Knappenliedes: Glück auf, Kameraden, durch Nacht zum Licht!

Die nächste Generalversammlung tagt 1915 in Halle.

## Gewerkschaftliches.

### Zur Auspersung im Wasserwerke.

Der Unternehmerverein beweist immer mehr, daß er bei Auspersung seiner Maschinen keine Kräfte und keinen Einfluß bedeuten überläßt. Schon sind eine große Reihe Städte angefallen; 70 Städte haben überhaupt nicht ausgepersert und es mehrten sich die Wahngedichte, wo die Auspersung völlig erlosch. Dort entsteht für die Unternehmer die Gefahr, daß bei geringerer Leistung die Gehälter in den Wirtschaften eines Tarifunternehmens drängen, wenn inzwischen kein Reichsamtverträge zustande kommt. Und dabei wird die sicher noch zu erwartende günstige Sommerzeit, nachdem das Frühjahrsgeld durch die Auspersung gründlich verpulvert wurde, gute Verdienste leisten, dazu kommt, daß in weiten Gebieten des Reiches von den Weibern ein neuer Tarifabsatz gemündet wird, um wieder zu geordneten Verhältnissen und zu jener Sicherheit vor plötzlichen Leberumstellungen durch die Gewerkschaften zu kommen, die man den Weibern jahrelang als den besonderen Wert des Tarifvertrages gepredigt hat. Ein Teil der Unternehmer aber, vor allem in Norddeutschland und im Rheinland, treibt die Schlarfmacherei in unheimlicher Weise weiter. Reich sind diese Schlarfmacher allerdings Meister, die nichts zu verlieren haben.

Die Zwangsmaßnahmen gegen die Unternehmer, die nicht in das Horn der Schlarfmacher blauen, werden trotz der Erklärung des Ministers in Geboten im preussischen Abgeordnetenhaus umgeben fortgesetzt, wenn auch mit recht negativem Ergebnis, denn die Auspersung läßt sich künstlich und mit ungeliebten Mitteln nicht fügen. Ebenso wie auf die Entschädigungen der Aufsichtsbürokraten steigen die Zwangsmaßnahmen, die von der Schlarfmacherei des Arbeitgeberverbandes geleitet werden, auf die erwählten Ministerkammer, nach der die Zwangsbeschlüsse der Innungen und die dadurch bestrafenden Strafen ungeliebt sind. So beschloß u. a. — nach den Debatte im preussischen Abgeordnetenhaus — die Düsseldorf-Zwangsinnung folgendes:

Die Zwangsverurteilung läßt an dem Beschluß vom 10. März ausdrücklich fest, und erweitert ihn dahin, daß auch das Innere der Sonderverträge gegen die Standesrechte verstoßen und von der Innung verboten wird. Für die Leberrettung dieses Beschlusses wird die statutenmäßige Strafe von 20 Wfl. festgesetzt.

Wie würde man jetzt, wenn Arbeiterorganisationen ebenso Gesetze und Regierungserklärungen beherzigen würden!



# Halle und Saalkreis.

Beilage (Saale), den 6. Mai 1918.

## Sprechenssaal.

Wie wir mitteilen, waren in den Eisenbahnerkreisen zu Gunsten der konfessionellen Arbeitsbeschaffung, dem Verbandsorgan der Eisenbahndirektion des Regierungsbezirks Magdeburg, Breslau, vertrieben worden. Der Wahlkampf der liberalen Parteien, der das zuerst erfahren hat, liegt dagegen Besondere ein, auf die jetzt von dem Herrn Eisenbahnpräsidenten folgende Bescheid vorliegt:

Es ist nicht zutreffend, daß die fraglichen Wahlkreise „mit amtlicher Genehmigung“ bei den hiesigen Dienststellen verbreitet worden sind. Als hier bekannt wurde, daß der Versuch gemacht werde, solche Wahlkreise in den Dienststellen in Umlauf zu setzen, ist dies unverzüglich untersagt und angeordnet worden, daß die bereits ausgegebenen Wahlkreise sofort wieder eingezogen würden.

Dieser amtliche Bescheid behältig vorerst einmal, daß tatsächlich die unerlaubte Verbreitung von Wahlkreisen nachfolle. Den Umständen sollte ein amtlich ausführender Brief gegeben werden, um ihnen deutlich zu machen, was sie an Wahrung der Ehre zu tun haben. Man sollte den Eisenbahnern den Gehorsam zu empfehlen, daß, falls sie nicht ihren Personalbestand wählen, amtlich entgegen sie unternehmen werden würde. Dieser Verstoß gegen die dienstliche Pflicht ist glücklicherweise noch rechtzeitig durchkreuzt worden. Es war ganz selbstverständlich, daß die Eisenbahndirektion, sowie sie von der Verbreitung der Wahlkreise erfuhr, dagegen energig einschritt. Sie darf eine solche terroristische Wahlverteilung nicht dulden.

Nun ist an den Eisenbahnarbeitern, zu zeigen, daß die ungesetzliche Verbreitung auf sie keinerlei Einbruch macht. Fort mit aller Seiner. Jeder Arbeiter muß offen für seine Vertreter, die sozialdemokratischen Wahlmänner, stimmen! Deshalb kann und darf keinem Wähler etwas angetan werden!

## Landtagswähler-Veranstaltungen.

Am Sonnabend und Sonntag tagten in Völsberg und in Branderhof Landtagswähler-Veranstaltungen, in denen unser Genosse Kunze über die Wahlkreise und die Wahlverfahren sprach. Beide Veranstaltungen hatten großen Erfolg und nahmen ausgezeichneten Verlauf. Die Ausführungen des Referenten machten großen Eindruck, so daß eine vorläufige Entscheidung in die Verhandlungen kam. In beiden wurde schließlich folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Vernehmlichen verweisen, für die Beteiligung an der Landtagswahl mit ganzer Kraft einzutreten. Gleichzeitig erheben sie energig Einspruch gegen das sozialistische Propaganda, das die Wahlkreise in der Hand der sozialdemokratischen Partei und der sozialistischen Partei zu sehen ist. Die Wahlkreise sind in der Hand der sozialistischen Partei zu sehen. In Völsberg sprach unser Genosse Hildebrandt. Der Bericht bewies, daß auch hier die allgemeine Empörung über das schandvolle Wahlverfahren geteilt wird. Bekannt gegeben wurde, daß die Wahlverfahren am Dienstag, den 6. Mai, Donnerstag, den 8. Mai, vormittags, im Gemeinhaus ausliegen. Die Wahl findet am Freitag, den 10. Mai, vormittags 10 Uhr, statt.

## Sum Tarifkampfe im Baugewerbe.

Am Sonntag tagte im Volkspark eine starkbesuchte Versammlung des Bauarbeiterverbandes, um Stellung zu nehmen zu dem von den Untereisenbahnern gestellten Forderungen. Der Referent Genosse Deneke führte die Verhandlungen. Er hob hervor, daß es bei einer derartigen Bewegung nicht ganz nach den Wünschen und dem Willen einzelner Zweige gehen kann, sondern daß stets das Interesse der Gesamtorganisation maßgebend ist. Allerdings sei es beabsichtigt, daß sich die Verhandlungen so lange über den Ablauftermin des alten Vertrages hinaus hinziehen, als es notwendig ist. Die Verhandlungen sind hierbei die Schuld, sondern lediglich die Unternehmer, die sich lange Zeit sträubten, die Zufriedenheit zu geben, das allgemeine Lohnniveau während der Vertragsdauer einzustellen. Erst durch das Eingreifen der Untereisenbahner, die einen Vertragsentwurf vorlegten, war es möglich, in örtliche Verhandlungen über Lohn und Arbeitszeit einzutreten. In einer ganzen Reihe von Orten ist den örtlichen Verhandlungen eine Einigung zuhande gekommen. Bei uns in Halle waren ebenfalls mehrere Verhandlungen stattgefunden, die bei den lächerlich geringen Zugeständnissen der Unternehmer logischerweise resultatlos verlaufen mußten. Auf Verstoß der Untereisenbahner haben nur für diejenigen Orte, in welchen keine Einigung erzielt wurde, nochmals Verhandlungen in Berlin stattgefunden, im Beisein der Untereisenbahner und der örtlichen Vertreter der Organisationen. Es sollte versucht werden, auch für diese Orte eine Verständigung herbeizuführen. Für die Provinz Sachsen tagten diese Verhandlungen am 27. April, wiederum mit dem Resultat: keine Einigung. Selbst die Untereisenbahner waren erkrankt über die geringen Angebote der Obleichen Unternehmer, die sich aber durchaus nicht bewegen ließen. Weitere Zugeständnisse zu machen, in Gegenteil, sie boten überhaupt nichts mehr. Daraufhin war die Fällung eines Schiedspruchs unumgänglich notwendig. Der Spruch der jetzt vorliegt, heißt für Halle eine Lohnerhöhung von zusammen 7 Pf., und 1/2 Stunde Arbeitszeitverlängerung pro Tag, was für die Vertragsdauer folgendermaßen verteilt: Für 1913 2 Pf., 1914 wiederum 2 Pf., und 1915 1 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde; ferner für 1915 1/2 Stunde Arbeitszeitverlängerung mit einem Lohnausgleich von 2 Pf. pro Stunde. Genosse Dege unterbreitete ferner noch die Schiedsprüche für die ländlichen Lohngebiete. Für die eine Lohnerhöhung von 5 resp. 4 Pf., vorzusehen ist. Am Schluß seiner Ausführungen empfahl er seinen Kollegen den Schiedspruch zur einstimmigen Annahme. Wenn auch nicht alles erreicht wäre, was man wünschte, speziell in der Arbeitszeitverlängerung und Lohnausgleich dafür, so könne man doch im allgemeinen einverstanden sein. „Geizig war, daß es uns darum zu tun ist, mit den Unternehmern friedlich auseinanderzukommen.“ (Leb. Zustimmung.)

Nach den Ausführungen des Referenten setzte eine sehr scharfe Diskussion ein. Besonders scharf kritisiert wurde das, was die Arbeitgeberseite an die Arbeiterseite überträgt. Der Schiedspruch von 2 Pf. wurde von allen Seiten als völlig ungenügend bezeichnet. Aber um das Friedenswille und da sie von dem Gehalt des Tarifvertrages durchzugehen, nach, waren die meisten Arbeiter für Annahme des Schiedspruchs. Nach einem längeren Schlusswort Deges wurde der Schiedspruch einstimmig angenommen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Bauarbeiterverband erreichte danach die importante Versammlung ihren Schluß.

## Die Dienstbotenverhältnisse in der Großstadt.

Bei der vorletzten Berufsbeschaffung wurden in Preußen 886 100 (darunter 818 418 weibliche) Dienstboten (Dienende für häusliche Dienste, die im Haushalt der Herrschaft leben) gezählt, bei der letzten, 18 Jahre später vorgenommene Berufsbeschaffung, waren es nur noch 818 147 (darunter 808 590 weibliche) Dienstboten. Die Zahl der Dienstboten in Preußen der Bevölkerung ausgedrückt ist in Preußen von der vorletzten bis zur letzten Berufsbeschaffung von 2,05 auf 2,14 gesunken.

Unvergleichlich bildet die Lage der Dienstboten wohl in der Hauptstadt, wie der Verfasser dieser Einleitung meint, die zunehmende Vergewaltigung einzelner Teile der Hausarbeit. Andererseits wirkt auch die Veränderung der Wohnweise mit. Schließlich trage auch in nicht unerheblichem Maße die Verteuerung der Lebenshaltung zur Verminderung der Dienstbotenzahl bei. Dies würde eben in den mittleren Schichten geltener, während sie naturgemäß mit zunehmendem Reichtum steigt. Für eine Reihe preussischer Städte liegt folgender Material vor. In Charlottenburg machten die Dienstboten nach der letzten Berufsbeschaffung 7,85 Prozent der Bevölkerung aus, in Schöneberg 6,97, Wiesbaden 6,40, Frankfurt a. M. 5,54, Hannover 4,88, Breslau 4,14 und Kassel 4,06. Der Anteil der Dienstboten an der Bevölkerung betrug in Posen 8,81, Königsberg 8,52, Düsseldorf 8,42, Köln 8,29, Aachen 8,25, Halle 3,11, Danzig 3,10 und Magdeburg 3,00. 291 Dienstboten unter 100 Einwohnern wurden gezählt in Erfurt, in Krefeld 2,90, Elberfeld 2,52, Wöhrum 2,48, Bamern 2,27, Duisburg 2,20, Eisen 2,16, Gelsenkirchen 1,87 und Reußland 1,80.

Wie aus dieser Aufstellung zu ersehen ist, haben die verhältnismäßig reichsten Großstädte die höchste Dienstbotenzahl, die verhältnismäßig ärmsten Städte die geringste Dienstbotenzahl. Aus diesen Umständen ergeben sich selbstverständlich besondere soziale Momente. Zunächst kommt das Zusammenleben mit der Herrschaft in Betracht. Es ist unter den neuen Verhältnissen viel leichter geworden und daraus erklärt sich zum Teil auch das Anwachsen der so genannten Stellenwechsler unter den Dienstboten. Schätzungen ergeben, daß die Zahl der jährlichen Stellenwechsel größer ist als die Zahl der jährlichen Geburten überhaupt vorhandener Dienstboten.

In außergewöhnlich hohem Maße handelt es sich bei den Dienstboten um jugendliche Personen. So waren von den Dienstboten der Stadt Berlin nach der letzten Berufsbeschaffung 86,1 Prozent unter 26 Jahren alt, in Dortmund 88 Prozent, in Halle 82,1, Duisburg 81,2, Magdeburg 81,2, Eisen 79,4, Kiel 78,2, Erfurt 67,8, Pommern 77,1, Hannover 77,1, Königsberg 74,6, Stettin 73,6, Kassel 73,6, Bamern 71,1, Altona 69,8, Krefeld 68,5, Breslau 68,1, Düsseldorf 67,8, Danzig 65,6, Berlin 65,4, Pommern 64,9, Köln 64,8, Charlottenburg 62,6, Aachen 62,5, Wiesbaden 61,4, Posen 61, Reußland 58,4, Schöneberg 57,2 und Elberfeld 56,2 Prozent. — Halle hat also auffällig viel jugendliche Dienstboten.

Die soziale Lage der Dienstboten ist in den allermeisten Fällen sehr ungesund. Wenn in Bezug auf Entlohnung sie und die einzige Beförderung eingetreten ist, kann lediglich durch den zeitweiligen Mangel an Dienstmännchen. Viele Herrschaften können es nicht über sich gewinnen, den Mädchen eine geringere Arbeitszeit zu geben. Insofern sie zur Selbstständigkeit zu erziehen, üben sie oft in unangebrachter Weise Vormundhaft aus, wodurch sich gesteigerte und selbstbewusste Mädchen abgeben fühlen. Es ist zu wünschen, daß sich die Hausangehörigen zahlreich der Dienstbotenorganisation anschließen, die energig die Regelung der Berufsverhältnisse in die Hand nimmt.

## Die Volksfürsorge.

Die Genehmigung des Geschäftsbetriebs der Volksfürsorge wird von den Mitgliedern der Berufsvereine und Gewerkschaften mit Interesse verfolgt. Das gibt den Gegnern des Unternehmens Veranlassung, allerlei Ungeheures zusammenzufabriken. Der Vorstand der Volksfürsorge hatte jüngst mitgeteilt, daß das Kaiserliche Gesundheitsamt seine Arbeit und ausdrücklich anerkannt, daß eine schnellere Prüfung der gesammelten Vorlagen in juristischer, versicherungswissenschaftlicher und medizinischer Hinsicht wohl nicht zu erwarten war. Dazu bemerkten gewisse Zeitungen, daß der Vorstand unbewußt die Unzulänglichkeit, mit der bei der Ausarbeitung des Volksfürsorgeplans die Interessen der Versicherten gewahrt und die Grundlagen der ganzen gewerkschaftlich-gesellschaftlichen Versicherungsorganisationen aufgestellt worden seien, verzeite. Der Vorstand gesteht nämlich ein: „Die nach dieser Richtung vom Kaiserlichen Gesundheitsamt gegen unsere Versicherungsbedingungen und -tarife geltend gemachten Bedenken hat der Vorstand der Volksfürsorge als berechtigt anerkannt und beschließen, ihnen Rechnung zu tragen. Das gleiche war der Fall bezüglich der gewünschten Ergänzungen zum Geschäftsplan.“ Darin erblicken jene Leute „ein erbauliches Bekenntnis, das veranschaulicht, in welchem Grade die sozialdemokratische Fügigkeit der versicherungswissenschaftlichen Richtung über war! Sie haben vom Gang der Dinge wirklich keine blasse Ahnung. Die Organisation einer Versicherungsorganisation ist kein Ding, das man in den Waden flüchten kann. Eins aus den Streifen der Großindustriellen vor einigen Jahren geborene Volksfürsorgeorganisation hat beispielsweise über 20 Jahre auf Veranlassung der Zarite und Versicherungsbedingungen durch das Kaiserliche Gesundheitsamt werden müssen. Es liegt für die Volksfürsorge in Anbetracht der Umstände, mit denen die endgültige Lösung der Frage nun einmal verknüpft ist, kein Grund vor zur Klage über zu langsame Entwidlung der Dinge.“

• **Kampf gegen Sozialisten.** Die Glindeberg bergleibt über einmal seinen bei der Einlieferung barriere, das dem Volkswort von Gefährten aller Art in der Überlieferung werden, damit unsere Verbrechen indirekt unterstützt werden. Die können dem leitenden Mitglied berichten, daß zu unabhängig über das Ansehen des Gefährten man mehr denkt. Bei uns in der Glindeberg, die sollen den Gefährten ihre Waren abkaufen und tun's auch gerne.

• **Wahlverteilung im Staatsrat.** Nächsten Sonntag (1. Pfingstfest) findet die Wahlverteilung im Staatsrat statt. Zur Aufzählung kommt vornehmlich Emilia Galotti, ein Volkswort des Magdeburger. Einrichtungsarbeiten sind gegen Verlegung des Wahlverteilung einer Gewerkschaft im Arbeitertribunal bis Mittwoch abend zu haben.

• **Die Arbeiter-Jugend** hat bekannt, daß während der Sommermonate, wie in den Vorjahren, die hiesigen Arbeitervereine von 1/2 bis 3/4 Uhr nachmittags geschlossen gehalten werden.

• **Neue Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen.** Von den preussischen Reichs- und Staatsministerien sind jetzt folgende neue Bestimmungen eingeführt worden: Reisende, die so spät der Arbeit des Tages eintreffen, daß sie keine Arbeiter mehr lösen können, dürfen ausnahmsweise in der Fabrik durch die Bahnposten gelassen werden. In dem Falle haben ihnen die Bahnen die Möglichkeit zu geben, die Bahnposten zu verlassen. Der Aufsichtsbereich hat nachgehenden (mit der deutschen Sprache auf sehr gespanntem Fuße lebenden) Wortlaut: „Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald Aufschlag von 1 Pf., zum Aufschlag des Arbeiterinnen, sofort in der ersten Klasse zu bezahlen. Und weniger beträgt. Bei Unterlassung der Meldung Aufschlag von 6 Pf., oder höherer doppelte Fahrpreis 10 Pf., 27 Pf. der Verkehrsordnung. Wird Zug nicht erreicht, ist Bahnposten zu lösen und Ausweis abzugeben. Die Bahnposten haben solche Reisende gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen erhöhten Fahrpreis zu bezahlen haben. Auf Stationen, wo der zugbegleitende Beamte auch die Arbeiterinnen verläßt, hat der Aufsichtsbereich an Reisende, die wegen Schalterausfalls eine Arbeiterin nicht mehr lösen können, einen Ausweis auf rotem Papier mit folgenden Worten auszugeben: Station... Ausweis für Arbeiterinnen. Sofort anzufragen bei dem Zugbegleitpersonal vorzugehen; sobald





mittags 10-12 Uhr, die 2. Abtheilung von 12-14 Uhr, die 3. Abtheilung von 2-4 Uhr nachmittags. Die Wähler des 2. Wahlbezirks wählten im Langhammerischen Gohlthor die folgenden 3. Abtheilung von vormittags 10-12 Uhr, die 2. Abtheilung von 12-14 Uhr und die 1. Abtheilung von 2-4 Uhr nachmittags. Die Wähler werden erlöst, Legitimation mitzubringen.

### Soziales.

#### Profit und Selbstgeheimheit.

Strasburg i. Elz. hat einen tollen Schlachthausstandal zu verzeichnen. Die Angelegenheit des Wessergesellen vor dem Gewerbeamt führte zu Aufdeckung gewisserlocher Praktiken im hiesigen Schlachthaus. Ein wegen Einbeziehung seines Lohnes klagender Geselle sagte vor dem Gewerbeamt aus:

Die hiesigen Schlachthausarbeiter und Metzger haben mir wöchentlich 6-8 Kranke Lebern, die auf Veranlassung des Tierarztes dem Wessergesellen zur Vernichtung übergeben werden sollten, die alle beschlagnahmt waren. Diese Kranke Lebern habe ich an den Stuttmelcher A. abgeliefert. Auch andere Stuttmelcher besaßen auf diese Weise von den Kranken Fleischstücken. Die Kranken Lebern wurden dann als gesunde Lebern in den Verkauf gebracht. Von den Stuttmelchern erhielten die Gesellen pro Leber 2 M.

Dieselben Angaben machte der Geselle auch vor der Straf-Anzeige Staatsanwaltlicher. Vor einigen Tagen beschlagnahmt hat nun das Schöffengericht mit dieser Angelegenheit.

Die Zeugenerklärung ergab ein Bild schauerhafterer Verhältnisse im Strasburger Schlachthaus. Man wurde an die Entstellungen aus amerikanischen Schlachthäusern erinnert, als die Zeugen angaben, daß mit den Kranken Eingeweiden, mit tuberkulösen Lebern, Kranken Nieren, verdorbener Milz, kurz allen Theilen die von der Fleischschau für ungenießbar erklärt worden waren, ein schwinngelasteter Handel getrieben wurde. Der angeklagte Wessergeselle gab unumwunden zu, daß er für seinen Meister im direkten Auftrage durch dessen Geschäftsführer zum Diebstahl von verdorbenen Fleisch angehalten worden war. Hätte er sich dem Auftrage, wofür es Feindgelde gab, nicht gefügt, so wäre er einfach aus der Arbeitsstelle gejagt.

Ein ebenfalls angeklagter Metzgermeister D. habe die und da 100 bis 150 Pfund solcher Eingeweide pro Woche erhalten. Der angeklagte Metzger D. erklärte, er habe keine Abnung gehabt, wofür der Geselle die ihm gelieferten Fleischstücke habe; aber er wisse, daß es Rode sei, im Schlachthause diese Eingeweide von Gesellen zu kaufen. Ein als Junge benannter Geselle betonte, daß kein Metzgergeselle im Schlachthause existieren könne, der nicht fehlerbehaftet müßte man, um nicht entlassen zu werden. Er habe mit noch einem Kollegen selbst gesehen, wie der angeklagte Geselle für geliefertes krankes Fleisch 2 M. erhalten habe. Für die tuberkulösen Lebern seien 2 M. pro Stück bezahlt worden. Es könne vorkommen,

das wöchentlich 100 Pfund Fett von kranken Vieh wegnehmen, die dann nach Durlach verhandelt werden, und dort zu Seife (in der Verhandlung hörte man sogar das Wort „Margarine“) verarbeitet würden. Die Vertheilung führte hierbei aus einen Fall an, in dem frantes Fett gefammelt, vom Tierarzt unterfucht und 12-15 Pf. davon beschlagnahmt wurden. Der Besitzer habe hieron Kenntnis erhalten und schnell noch weitere Teile beseitigt. Durch die Vertheilung wurde die Ladung weiterer Zeugen beantragt, so daß die Verhandlung verlegt werden mußte.

### Allerlei.

Die internationale Bauausstellung in Leipzig, monumental in Ziel und Umfang, wurde am 3. Mai eröffnet. Alles, was mit Wägen und Wohnen zusammenhängt, soll hier zeigen: alle erdenklichen Baustoffe, ihre Verarbeitung und Verwendung, Baumaterialien und Bauelemente, die verschiedensten Hilfsmittel für die Bauverfahren, Unfallverhütung, Wohnungshygiene, Wohnungskunst, Städtebau, Verkehrsanlagen, Ingenieurkonstruktionen, Probleme der Bodenpolitik und hundertelei anderes. Die architektonische Herrichtung der Ausstellung bleibt nach dem ersten Eindruck hinter der Erwartung zurück. Die große Hofstadt ist heute zurück. Es gelang nicht, das mächtige Ausstellungsgelände planmäßig zu gliedern, und den Hallenbauten fehlt es sehr an der Kraft, die mehr als handwerklich-schöne Durchsicht geben könnte. Eine Leitung, die den großen Bauhofen verläuft, ist die Betonhalle von Wilhelm Kreis. Sie soll zeigen, daß mit einem in modernem Material wie Beton genau dieselbe Wirkung erreichbar ist wie mit dem Stein, den die Alten beim Bau des Pantheon verwendeten mußten. Der Konkrete des Betons, dem Eisen hat der Berliner Bruno Taut nebenan ein Monument errichtet, das in einem gewissen Gegensatz zu diesem Experiment Buch und Schönheit zu entfalten sucht durch die Veranschaulichung der ganz neuen Ausdrucksmöglichkeiten, die in dem Material als noch ungehört schlummern. Vorläufig ist die Ausstellung aber bis auf die Bauten noch in unfermigen Zustande. Es wird noch eine gute Weile dauern, bis ein Gang durch die noch leeren Gassen sich lohnt.

#### Ein „Attentat“ eines Wirrlopfes.

Die nationale und patriotische Presse hat wieder ihre Entsetzung. Ein armer Teufel und Wirrlopf hat dem Großherzog von Baden bei einer Ausfahrt in Mannheim ein Wittichrit überreichen wollen, woraus gleich wieder ein „Attentat“ fabriziert und der Attentäter zum „Anarchisten“ gestempelt wird. Die alte Erde werden immer wieder angegraben und sieben noch immer. Die Webungen betragen: Mannheim. (Mittlich.) Bei der Ausfahrt aus dem Bahnhof zum Rennplatz sprang auf das Trittbrett des Wagens des Großherzogspaares ein gewisser Jung, arbeitsloser Tapezierer aus Otterodorf (Amt Malsdorf), in Mannheim wohnhaft, wurde aber durch den Großherzog zurückgehalten und sofort verhaftet. Im Verhör des Jung fand sich ein gewöhnliches Taschennel. Jung ist 32 Jahre alt und wollte angeblich ein Attentat auf den Großherzog verüben.

Eine weitere Meldung besagt: „Über den Vergang des Heberfalls hat der Großherzog zu seiner Umgebung geäußert,

daß er selbst nicht wahrgenommen habe, daß der Mann ein Reflex in der Hand gehabt habe. Der Anarchist sei auf das Trittbrett des Wagens geipungen und habe versucht, ihn an der Brust zu fassen. Der Großherzog habe ihn dann mit dem Gabelstift einen Stoß unter das Kinn verriekt, so daß er rücklings vom Wagen fiel. Der Verhaftete gab verweirte Aussagen. U. a. erklärte er, er handle im Auftrag einer Bande, deren Namen er nicht verraten werde. Er sei gebürtiger Kanakler, Kapuziner, 1872 geboren und hier in der Schweigener Vorstadt wohnhaft. Er hat in den letzten Wochen nur auswärts Arbeit gehabt. Er sei Anarchist und er habe dem Großherzog eine Wittichrit überreichen wollen, in der er um Hilfe bat. Im Falle der Ablehnung wollte er tödlich werden. Auf die Unmöglichkeit dieses Annehmens und seine Widerstände aufmerksam gemacht, gab er seine Auskunft. Er hatte auch einen Brief in der Hand, in dem er um sein stand, daß er um Hilfe bitte.“

#### Wenn Könige reisen...

Der Kaiser Gualois medelt aus Vabonne: Der König von Spanien wird auf seiner Reise nach Paris auf dem Flughafen in Tours offiziell empfangen werden. Bedeutende Vorkehrungsmaßregeln sind bereits getroffen. Der Exzellenz teilt mit, daß die Garnison von Fontainebleau, wofür der König im Schloße Wohnung nehmen wird, die nur aus einem Infanterieregiment und einem Artillerieregiment besteht, und 3000 Mann zählt, als „zu schwach für den Schutz des Königs“ angesehen wird. Man wird infolgedessen die Garnison durch 4 Infanterieregimenter, 2 Dragonerregimenter und 270 Gendarmen verstärken. Nun kann Alfons beruhigt reisen.

#### Dynamitattentat mexicanischer Rebellen.

Aus Mexiko wird gemeldet, daß die Anhänger des Rebellen-generals Zapata bei Acazacoade einen Zug mit Dynamit in die Luft gesprengt haben, in dem sich auch eine Anzahl hoher Regierungsbeamten befand. 45 Personen wurden bei dem Attentat getödtet. Die Zahl der Verwundeten übersteigt hundert. Einzig ausgebotene Bucales, die sofort an den Schauplatz der Schredensstat abgingen, vermochten nur noch mit den in die Berge geflüchteten Aufständischen einige Schiffe zu wechseln.

### Letzte Nachrichten.

#### Nikita gibt Stutari auf!

Budapest, 5. Mai. In der heutigen Sitzung des Reichstages teilte Ministerpräsident Lufas mit, daß er ein Telegramm des österreichischen Gesandten in Cetinje erhalten habe, nach welchem König Nikolaus beschloß, Stutari bedingungslos zu räumen.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.



**Das beste Rührenhilfsmittel**

Man verlange ausdrücklich **MAGGI®** Würze und achte auf die Schutzmarke.

ist und bleibt

**MAGGI® Würze**

Sowohl in Feinheit des Geschmacks, als auch in Ausgiebigkeit und Billigkeit steht sie unerreicht da. Vorteilhaftester Bezug in großen plombierten Flaschen.

„MAGGI® gute, sparsame Küche“

**Walhalla-Theater**  
Anfang 9 1/2 Uhr.  
**Blatzheim** „Der tapere Soldat“, „Im weissen Rüssel“.  
Zum Schreien komisch!  
Hierzu das glänzende Variete-Programm.  
Tageskasse von 10-12, und 4-6 Uhr.

**Zentralverband der Handlungsgehilfen**  
Bezirk Halle (Saale). (Eitz Berlin)  
Geschäftsstelle: Marz 42.43.  
Mittwoch, den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Vereinspark“, Burgstraße 27:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung: Verbandsangelegenheiten.  
Im Anschluß daran: Gemüthliches Beisammeln.  
Um vollständiges Erscheinen erucht Der Vorstand.  
NB. Die Sektion der Lagerhalter hält ihre Monats-Versammlung am Mittwoch, den 14. Mai ab.

**Lederhandlung**  
Carl Friedrich Nachf.  
jetzt \*300  
**Brüderstr. 13**  
empfiehlt billigst  
**Lederausschnitt**  
u. Schuhmacher-Artikel.

**Kleiderschränke**  
26, 30, 36-75 cm, Berlin 38, 48-75 cm, Bildhölzer, reell gearbeitet, 75, 85-100 cm, Trumeau, Kleiderpiegel 13, 16, 19-26 cm, Stühle, Tische, bauerliche Bettstellen mit Matrassen, komplette Kücheneinrichtungen, verkauft sofort! 1902  
**Max Jungblut, Albrecht-Rosenstr. 1, Friedrichsplatz.**

**Wasch-Gefäße**  
bauerhaft und billig, Ankerbrand über 600 Stück.  
Transport frei Haus.  
Nabenmann von 3 Mk. an, Nabenmann von 5 Mk. an, Frühhafer m. Deckel v. 4 Mk. an, Schöpfhafer, Stück 60, 75, 90 Pf., Hütchen, Schüttershof 1, 18 - direkt am Markt.  
- Begründet 1883.

**Bruchbänder, Leibbinden, Geradehalter,**  
fachmännische, streng sachgemäße Bedienung.  
**Halle a. S.**  
**F. Hellwig, Barfüßnerstr. 10.**  
Fernruf 2620 - Geogr. 1831.  
Anliegendes Spezialgeschäft am Platze

Jeden Dienstag **Schladitz-Fest.**  
17. u. 24. August  
An der Gasse 3.

**Wohnungs-Anzeigen**  
Einselne Schlafstelle zu vermieten. Willhelmsstraße 48.  
Harr 17, 1. u. II. Laub. Stube mit Kaffee. Woche 3.50 Mk., 1. u. uerm. 8/7

# Cocosa

Feinste Pflanzen-Butter  
Margarine

Überall erhältlich!



Allein. Fabr.: Holl. Marg.-Werke Jurgens & Prinzen G. m. b. H., Goch (Rhdld.)

Ein® überreitet®

Von Parteilosen, werden sofort 150 Mark gegen gute Sicherheit ob Nord. Süd oder Westen, V. H. 29% an d. Volksblatt. \*100

**Ernst Haecckel**  
Vollkaufgabe. Preis 1 M. empficht

Vollbuchhandlung Halle a. S.

**Arbeitsmarkt**  
Offene Stellen aller Berufe entgeltlich, hält stets die Zeitung: Deutsche Baukasten-Politik, 156. \*10

Einem tüchtigen **Werkzeug-Schlosser** für dauernde Beschäftigung sucht Maschinenfabrik **M. Martin, u. Glengieseler, Ritterfeld.**

**Hosenträger, Kerzischer's**  
Träger sind die besten, von 75 Bln. bis 5 Mk. Untere, Lehnplatz 26, Große Ulrichstrasse 63 (bis-a-bis Arnold & Troitsch).

Eitz- und Kleingewand u. Sportwagen billig zu verkaufen  
Beienickerstraße 101. III.

**Himbeer-Sirup**  
mit feinsten Rohstoffen eingekocht per 3/16, 60 g, empficht 900

**Carl Boock, Breitestr. 1/2.**  
Schladitz, Marktstr. 10  
Farm. Vereinsstraße 61. 62.

Morgen u. Ich Dienstag 16  
Schladitz  
**Job. Fischer,**  
Große Poststraße 39.